

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welschbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1 (ohne Beistellung),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stantingk, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen
für die dreigeteilte Zeitseite oder deren Raum 80 A.
Zeitungsspreis Nr. 8202.

Inhalt: Zur Frage des kollektiven Arbeitsvertrages. — Die Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe. — Maurerbewegung: Streiks, Auswürtungen, Maßregelungen, Versammlungen und sonstige Bewegung. — Von Bau: Unfälle, Arbeitslosigkeit, Subventionen etc. — Unternehmer-Kundgebungen. — Aus anderen Berufen: — Gewerbliche Rechtsfälle und Arbeitsversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschriebenes. — Eingegangene Schriften. — Briefstafen. — Centralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen.

Aussicht der Herren Felsch und Genossen in erster Linie bezwecken, eine Macht zur Zerstörung der Arbeiterorganisation zu schaffen.

Es ist anders gekommen. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Der Arbeitgeberbund hat Fiasco gemacht, während die Arbeiterorganisation stetig wuchs und verstärkte. Die in schweren Kämpfen zwischen Arbeitgeberbund und Arbeitgeberkraft gemachten Erfahrungen, die Logik der Thatsachen bewiesen, daß in den Kreisen der baugewerblichen Unternehmer mehr und mehr die nüchterne, sachliche, ruhige Überlegung, eine bessere Einsicht, eine vernünftige Beurtheilung der Arbeiterorganisation und ihrer Bestrebungen Platz griff. Wer die von uns mitgeteilten Ausführungen des Herrn Heuer genau durchliest, stößt auf zahlreiche Bemerkungen, welche diese Wendung bestimmen. In Übereinstimmung mit vielen seiner Standesgenossen hat Herr Heuer sich grundsätzlich für den Abschluß des kollektiven Arbeitsvertrages ausgesprochen und zwar unter ausdrücklicher Anerkennung der Arbeiterorganisation als denjenigen gleichberechtigten Faktor, welcher berufen ist, mit den sozialen Arbeitgebern die Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen bestimmten Zeitraum zu vereinbaren. In diesem Punkte sind die Ausführungen des Herrn Heuer durchaus korrekt, ja teilweise von überraschender logischer Schärfe und sachlicher Unbefangenheit. So besonders da, wo er den Unternehmern sagt: es sei für sie durchaus nicht entwürdigend, mit Arbeitern und Arbeiterorganisationen resp. mit deren Vertretern ehrlich zu verhandeln und Verträge zu schließen. Weiterhin freilich wird er einmal sehr unlogisch und unsachlich, indem er sein Bedauern darüber ausspricht, „daß die sogenannten neutralen Gewerkschaften im Baugewerbe, die mit einem wesentlichen Faktor zur Schaffung ordentlicher Arbeitsverhältnisse bilden können, zweifellos fast durchweg aus zielbewußten Sozialdemokraten zusammengesetzt sind“.

Wir geben dem Herrn Heuer Folgendes zu bedenken: Die Gewerkschaften, die er hier meint, die unabhängigen Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder fast durchweg Sozialdemokraten sind, bilden tatsächlich den wesentlichen Faktor für das Zustandekommen des kollektiven Arbeitsvertrages. Andere Organisationen, die Christ-Dunker'schen, die „christlichen“ etc. kommen dabei, entsprechend ihrer geringeren Stärke und Bedeutung, nur nebenschließlich in Betracht. Es darf als ein Verdienst der unabhängigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften, insbesondere der Centralverbände der baugewerblichen Arbeiter, der Maurer, Zimmerer etc., erachtet werden, daß im Baugewerbe die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisation und des kollektiven Arbeitsvertrages einer vernünftigen und gerechten Entscheidung entgegengeführt worden ist. Ohne das unermüdliche Wirken dieser Organisationen würden wir jetzt nicht erleben, daß Unternehmer des Bauhandwerks, auf dessen Gebiet so lange die erbittertesten Lohnkämpfe stattgefunden haben, die Arbeiterorganisation als gleichberechtigten Vertragsfaktor anerkennen. Diese Anerkennung ist die Frucht des Kampfes der organisierten baugewerblichen Arbeitnehmer. Um solchen Kampf wider eine übermuthige Gegnerschaft erfolgreich zu führen, dazu gehören eben Arbeiter, die den Geist des demokratischen Sozialismus in sich aufgenommen haben.

Im Februar 1901 schrieben die „Mittheilungen des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“, ein Fachblatt der organisierten Unternehmer: „Wir sind in unserer Meinung bestakt, daß für das Baugewerbe Tarifgemeinschaften, ins-

besondere an Orten, wo dieses Institut schon verwirklicht ist, im Interesse beider Parteien gute Erfolge zeitigen können und gezeigt haben. Für letztere Ansicht bürgt die Thatsache, daß gerade im Baugewerbe von Jahr zu Jahr mehr Verträge geschlossen werden und z. B. im Jahre 1898 allein an 189 Orten auf diese Weise die Arbeitsbedingungen festgelegt sind.“

Es handelt sich da fast nur um Erfolge, deren die Arbeiterorganisation, in erster Linie mit dem Centralverband der Maurer, sich rühmen kann. In den meisten Fällen ist allerdings dem Vertragsabschluß heftiger Kampf vorangegangen; es war die Ausnahme von der Regel, daß die Unternehmer von vornherein freiwillig die Hand zum Abschluß gebeten haben.

Daß die Tarifgemeinschaft geeignet ist, einen gesunden Fortschritt in der Entwicklung des modernen Arbeitsvertrages herbeizuführen, ist im Verlauf der letzten Jahre von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden unumwunden anerkannt worden. Das Kaiserliche Kanalamt in Kiel, das preußische Handelsministerium, das großherzoglich Hessische Ministerium des Innern, das Sachsen-Ministerium des Innern, die Magistrate von Mainz, Leipzig, Frankfurt a. M., Hannover etc. haben erklärt, daß die für Lieferung von Druckarbeiten submittirenden Firmen verpflichtet sind, die Gehälter auf Grund des deutschen Buchdrucktarifs zu bezahlen.

In absehbarer Zeit wird die Aufnahme folch' einer Klausel in die Submissionsverträge allgemeine Geltung erlangen, auch im Baugewerbe. In demselben Maße, wie der kollektive Arbeitsvertrag im Baugewerbe sich praktische Geltung verschafft, werden die zur Vergebung von Bauarbeiten berufenen Behörden genötigt sein, mit den vereinbarten Arbeitsbedingungen zu rechnen, sie der Submission mit zu Grunde zu legen.

Allerdings wird die Errreichung dieses Ziels noch viele Kämpfe kosten, denn offenbar sind die zur Zeit noch einflussreichen Leiter der Zünftlerei im Baugewerbe, die Herren Felsch und Genossen, entschiedene Gegner des kollektiven Arbeitsvertrages geblieben. Aber auch sie werden sich dem Zwange der Entwicklung fügen müssen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Herr Heuer den Werth seiner Ausführungen einigermaßen dadurch beeinträchtigt hat, daß er neben der Tarifgemeinschaft die Streiklausel forderte als „das einzige Mittel zur Herstellung geordneter Verhältnisse“. Einer derartig in Frage gestellten, ja geradezu bedrohten Tarifgemeinschaft werden selbstverständlich die Arbeiter nicht zustimmen. Denn die Streiklausel ist in den Händen gewissenhafter Unternehmer die Waffe, mit der sie der Tarifgemeinschaft zu jeder Zeit ein Ende machen können.

Die Einwirkung der Krise auf das Baugewerbe.

II.

Günstig beeinflußt im Allgemeinen wird das Baugewerbe durch den Umstand, daß die Selbsttätigkeit, die in den vorhergehenden Jahren, und auch noch im letzten, lärmend auf das Geschäft wirkte, behoben ist. Es kommt noch hinzu, daß thierisch ein ungeheuerer Ueberschuss an Baumaterial, namentlich an Ziegelnsteinen und Zement, vorhanden ist, daß wie es den kapitalistischen Gesplogenheiten gemäß heißt — weit unter den Herstellungskosten abgegeben wird und direkt die Baukunst anregt. Die Produktion an Ziegelnsteinen und Zement ist in den letzten Jahren in so wilder, fast wahnigen Weise betrieben worden, daß alle Ziegeleien umgehende Vorläufe an Steinen haben. So wird aus Westfalen gemeldet: Das rheinisch-westfälische Ziegelsteinindustrie hat sich entschließen müssen, die Produktion für

die kommende Kampagne um 50 p. 100 einzuschranken. Es stehen viele Millionen Steine überkauft auf den Biegeleien. Gleichzeitig will das Syndikat aber die Flage bewahren, um die noch außerhalb des Syndikates stehenden Biegeleien zu belämmern und sie zum Eintritt zu zwingen. Dem Syndikat gehört eine riesige Produktion an, das, wenn für 1000 Steine eine Abgabe von 10 % erhoben wird, die horrende Summe von R. 110.000 herauskommt. Durch diese Mittel sollen die außerhalb des Syndikates stehenden Biegeleien so unterdrückt werden, daß sie untergehen müssen. Das Syndikat geht zu diesem Zweck „weil unter die Herstellungskosten“ der Steine herunter.

Dasselbe, was hier von den Biegeleien gesagt wird, trifft auch auf die Münzfabriken zu, auch diese haben ungeheure Vorräte auf Lager und müssen zu billigen Preisen verlaufen.

Soweit das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Betracht kommt, wird auch noch die in Aussicht stehende Verhältnischaft der Kohlenbergwerke einen günstigen Einfluß auf das Baugewerbe ausüben. Die kommende Bauperiode wird denn auch im Allgemeinen als eine gute bezeichnet. Wir haben durch Umfrage bei den Bauvorständen unseres Verbandes festzustellen versucht, wie sich die Bauausichten für dieses Jahr gestalten werden. Leider ist das uns übermittelte Materialtheilweise so düstig, daß sich daraus sichere Schlüsse nicht ziehen lassen.

Aus dem Gau Darmstadt wird gemeldet, daß die Bauausichten in zehn Städten gute, in sieben mittelmäßige und in sieben Orten schlechte sind. Die Bauausjunktur im Gau Köln wird als eine sehr gute bezeichnet.

Auch im Gau Kassel, und namentlich in Kassel selbst, wird, soweit sich die Lage übersehen läßt, die Bauthäufigkeit eine rege werden. Außer zahlreichen Spekulationsbauten wird auch eine ganz Reihe öffentlicher Bauten zur Ausführung gelangen. So u. a. eine Bürgerhalle, ein Bibliotheksgebäude, das Verwaltungsgebäude für die Versicherungsanstalt Hessen-Nassau, und mehrere Bauten beim Umbau des Bahnhofs Kassel O. und den anderen Orten des Gaus liegen und Meldungen nicht vor.

Im Gau Frankfurt a. M. dürften die Arbeitsverhältnisse im Vergleich zu dem Vorjahr bedeutend besser werden. In Frankfurt bezifert sich die Zahl der Neubauten auf 220, die sich aber auf 431 erhöht, wenn alle Häuser, die als ein Bau bezeichnet sind, als Einzelbauten gerechnet werden. Aber auch die niedrigere Zahl übersteigt die Zahl der Neubauten in früheren Jahren ganz beträchtlich. Die höchste Zahl der ermittelten Bauten ist früher über 224 nicht hinausgegangen.

Ahnlich liegen die Verhältnisse in Offenbach, Höchst a. M., Fechenheim, Oberursel, Homberg u. d. Namentlich ist in dem zuletzt genannten Ort auf eine gute Bauthäufigkeit zu rechnen, indem dort eine Rosene, eine Schule und viele Privatbauten zur Ausführung gelangen. In Hanau sind die Bauausichten schlecht, und nicht viel besser sind sie in Darmstadt, doch dürfte sich hier die Bauthäufigkeit im Spätsommer noch etwas beleben, da gehöhere öffentliche Bauten in Aussicht stehen.

Eine gute Bauthäufigkeit ist auch für Mainz zu erwarten. Wie die Zeitungen in diesen Tagen melden, ist die schon lange in Aussicht stehende Eröffnung der Festungswälle jetzt beschlossen. Dadurch kommt die Stadt in den Besitz eines ausgedehnten Baugeländes, und außerdem fallen die lästigen Monopolbeschränkungen, die bisher der Ausdehnung der Stadt hinderlich waren. Über ein noch viel großerer Plan soll zur Ausführung kommen: die Uptirung der Ingelheimer Aue für Zwecke der Industrie. Ein allgemeiner Plan für dieses Werk liegt bereits vor und hat auch grundsätzlich die Zustimmung der zuständigen Kommission gefunden. Dieser Plan lautet in der Hauptjahrzeit detailliert, das Gelände der Ingelheimer Aue um so viel zu erweitern, daß Ansiedlungen möglich werden, und vertreibt im Gegensatz zu der seitlichen Stellungnahme der städtischen Bevölkerung den Grundfah, daß von der Industrie gewünschte Gelände dieser nicht pachtweise, sondern verkaufswise, und zwar zu einem die Selbstkosten nicht wesentlich übersteigenden Preise, abzuliefern. Dieser Umstand, die günstige Lage der Aue am Wasser, die dadurch bedingte Verbesserung des Gütertransportes und Erleichterung des Umsatzes, nicht minder die Bahnverbindung mit dem Zentralbahnhof machen die Ingelheimer Aue für industrielle Niedergesetzungen besonders geeignet und die Erwerbung von Aue-Gelände in hohem Grade begehrtswert. In der That soll bereits eine Reihe von Gesuchen bisiger und auswärtiger Industrieller um Lieferabnahme größerer Flächen bei der Bürgermeisterei eingelassen sein. Soweit die Ingelheimer Aue heute als Baugelände in Frage kommt, hat sie eine Fläche von 425 000 Quadratmetern.

An größeren Arbeiten in diesem Jahre sind zu verzeichnen: die Rosenerbauten, die neue Eisenbahnbrücke über den Rhein und die Ums- und Niederbauten des Schlosses. Im Hochsommer dürfte die Bauthäufigkeit sich so gestalten, daß einige Hundert Kollegen mehr beschäftigt werden können als im Vorjahr.

Gute Bauausichten sind auch vorhanden in Ems und Nördlingen. Die Bauanmeldungen in letzterem Orte überzeugen, wenn man den benachbarten Ort Pfaffenstorf in

den Arbeitsbezirk mit hineinbezieht, die des Vorjahres um mehr als das Doppelte, 148 gegen 70. An größeren Arbeiten sind vier Kirchenneubauten zu erwähnen.

Auf mittelmäßige Arbeitsverhältnisse können zählen: Oberstein (Fürstenbaum Bickenfeld), Dörlesheim, Geisenheim und Oppenheim. Dagegen weniger gut, theilweise sogar schlecht, wird die Bauthäufigkeit sich entfalten in: Bingen, Wiesbaden, Friedberg, Wiesbaden, Nauheim, Limburg, Weilburg, Neuweid und Gießen.

Im Gau Mannheim steht mit wenig Ausnahmen ein gutes Baujahr bevor. In dem Vorort des Gaus werden an öffentlichen Gebäuden hergestellt: ein Postanbau, zwei Kirchen, eine Schule, ein Beiratssamt, ein Hochwasserschutzbau, die Kanalisation und eine Turnhalle. Geplant sind: der Rathausumbau, eine zweite Radbrücke, ein Landesgefängnis, ein Krankenhaus. Die Privatbauthäufigkeit wird voraussichtlich gut. Um den Westerwald zu einer ganz Reihe größerer Baulichkeiten kontraktlich in diesem Jahre hergestellt werden.

Die Bauthäufigkeit in Heidelberg ist anhaltend gut. Die Ausdehnung der Stadt gegen die Rheinebene und gegen die Nachbargemeinden Hambachshain und Rohrbach nimmt einen rapiden Fortgang. Über auch in der Altstadt wird eine rührige Thätigkeit entstehen; besonders in der Hauptstraße, wo ein altes Haus nach dem anderen durch einen Neubau ersetzt wird. Auch an Neubauten für öffentliche Zwecke ist kein Mangel.

Als möglich zu bezeichnen sind die Bauausichten in Karlsruhe und Durlach. In beiden Orten sind an öffentlichen Bauten nur die Bahnhofsnebenbauten in Aussicht genommen. Als außergewöhnlich gut wird dagegen die Aussicht auf die öffentliche und Privatbauthäufigkeit in Pforzheim bezeichnet. In Rohr i. B. sind bereits über 200 Bauten angemeldet, außerdem werden gebaut: ein Provinzialamt und die Kanalisation; in Aussicht ist der Bahnhofsbau. In Freiburg i. Br. steht eine gute Bauthäufigkeit in Aussicht. Gebaut werden: der Güterbahnhof, ein Theater, eine Schule und ein Lehrseminar; außerdem sind bis jetzt 75 Privatbauten angemeldet. Die Bauthäufigkeit im Obertal, der ärmste Theil des Großherzogthums Baden, wird voraussichtlich durch den Bau einer zirka drei Kilometer langen Rebenbahn von Rosbach nach Mudau etwas erleichtert werden.

Gut zu werden verspricht auch die Bauausjunktur in der Pfalz. In Ludwigshafen werden gebaut, oder sind in Aussicht genommen: eine Schule, Erweiterung der höheren Töchterschule, Schlachthof, Erweiterung der Gas- und Wasserwerke, die Kanalisation und die elektrische Straßenbahn. In Speyer wird ein Palast für die Alters- und Invalidenversicherungsanstalt gebaut. In Kaiserslautern a. d. H. wird die Bauthäufigkeit voraussichtlich sehr gut, ebenso in Lambricht, Weibern, Saarbrücken und Trier.

Auch in Elsaß-Lothringen steht, soweit Meldungen vorliegen, eine gute Bauthäufigkeit in Aussicht. In Metz verspricht die Konjunktur sogar eine außergewöhnlich gute zu werden. Für Straßburg steht sowohl in diesem als auch in den nächstfolgenden Jahren eine rege Bauthäufigkeit in Aussicht. Durch die bereits beschlossene Regulierung des Ober-Rheins wird Straßburg Handelszentrale, und dieser Umstand dürfte auch auf das Baumgeschäft fruchtbringend wirken. Im Bist. sind: der Güterbahnhof und ein großes Transfotagerhaus; außerdem ist eine Reihe städtischer Bauten geplant. In Kölmar werden gebaut: ein Provinzialamt, eine Schule, ein Bollbad und ein Landgerichtsgebäude.

Über die Bauausichten im Königreich Württemberg liegen uns nur düstige Mitteilungen vor. Es scheint begründete Aussicht vorhanden zu sein, daß die Bauthäufigkeit eine ziemlich umfangreiche werden wird.

Am schlechtesten in ganz Deutschland wird es wohl mit der Bauthäufigkeit in Südw. Bayern bestellt sein. Als Beweis hierfür können wohl die fortgeschrittenen Lohnreduzierungen und das fast übertrügig zu nennende Verhalten der Unternehmer den Gesellen gegenüber gelten. Bestimmte Mitteilungen über den Umfang der Bauthäufigkeit liegen uns auch von hier nicht vor.

Die Bauthäufigkeit im Gau Rückenberg wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in diesem Jahr sich wesentlich gegen das Vorjahr bessern. In Nürnberg selbst ist im ersten Quartal dieses Jahres schon ein Drittel Baugesuchte nicht eingereicht worden, als im ersten Quartal des Vorjahr. In Fürth sind dagegen die Aussichten für das laufende Jahr sehr schlecht, und ebenso in Bamberg, Erlangen und Hof. Befürchtet wird dagegen die Bauthäufigkeit sehr in Neumarkt, Waisenbach, Regensburg, Kissingen, Schwabach und Schweinfurt. In den übrigen noch in Betracht kommenden zwölf Orten wird für die dort seßhaften Maurer ausreichend Beschäftigung in diesem Jahre vorhanden sein.

Die Bauthäufigkeit im Gau Ansbach wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in diesem Jahr sich wesentlich gegen das Vorjahr bessern. In Nürnberg selbst ist im ersten Quartal dieses Jahres schon ein Drittel Baugesuchte nicht eingereicht worden, als im ersten Quartal des Vorjahr. In Fürth sind dagegen die Aussichten für das laufende Jahr sehr schlecht, und ebenso in Bamberg, Erlangen und Hof. Befürchtet wird dagegen die Bauthäufigkeit sehr in Neumarkt, Waisenbach, Regensburg, Kissingen, Schwabach und Schweinfurt. In den übrigen noch in Betracht kommenden zwölf Orten wird für die dort seßhaften Maurer ausreichend Beschäftigung in diesem Jahre vorhanden sein.

Maurerbewegung.

Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen.

Im Streit befinden sich resp. ausgetreten sind die Kollegen in Kiel, Friedland, Bleckede, Prengau-gramzow, Hegermühle, Bruchmühle, Neuenhagen, Alt-Landöberg, Wartwalde, Güldenbrie, Baderitz, Zehden und Nolmar i. P. Geplante sind die Bauten der Unternehmer Willens & Höhler, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, H. Thielke, Körting, Döppling, F. Fabrius, Krug, G. Nebel, Benox, Nebeschke, W. Waltherrup, Achilles & Villert, Eggers, H. Schöndorff, Möller, Saedde, Winkelmann & Kramp, Alm, Baumhauer, Brünhorst & Comp., H. Staat, Hinnerichs, Schröder, H. Fehrmann, Martens & Mahnke und C. Becker in Hamburg wegen Arbeitsarrest; in Nienstedten bei Unternehmer Härber; W. Koch in Schulau; Jochim Kramer in Wedel; die Ausdorfer Eisenwerke bei Niedersburg in Nienburg a. d. W. der Unternehmer W. Gödeke; in Bielefeld der Rauhaußbau, Unternehmer Liebenberg; in Magdeburg der Unternehmer Apel; in Brackwede der Unternehmer Grisch; in Wunzen der Kaiserbau, Unternehmer Bürk aus Oschatz; in Blankenburg a. S. der Unternehmer Schönfeld; in Wittstock der Unternehmer Spangenberg; in Breden bei der Unternehmer Otto Herlitz; in Altenkirchen der Unternehmer Böbberin; Nolde, Wilsack, Bischke bei Berlin (Kreuznach), Unternehmer Schröder, Tempeln-Wychen, Günsterwald und Neustadt i. Holstein.

Differenzen, die wahrscheinlich zu einem Streit führen, sind vorhanden in Bries, Polen, Stiegen, Schlawe, Bünnewitz, Wolfenbüttel, Bruchmühle, Quedlinburg, Eberwalde, Schneidemühl, Malchin, Lubitz, Geesthacht, Stralsund, Sperrern und Differenzen stehen in der Prinzing Wandsbek für die nächste Woche bevor in Münzenberg, Nienburg, Wilsack, Bischke bei Berlin (Kreuznach), Unternehmer Schröder, Tempeln-Wychen, Günsterwald und Neustadt i. Holstein.

Nach all diesen Orten ist der Zugang fernzuhalten. Die Ausperrung in Nolmar i. P. dauert fort. Die Unternehmer sind nicht genug, umre Verbandskollegen anzustellen oder in irgend eine Unterhandlung über die geforderte Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverkürzung einzutreten. Unsere Kollegen sind guten Mutes und sorgen dafür, daß die Unternehmer von seinem Maurer „befestigt“ werden.

Der Streit in Wedel ist beendet. Der von den Gesellen aufgestellte Lohnkatalog wurde von den Unternehmern anerkannt, nur ein wenig in Betracht kommende Schwierigkeiten bereiteten die Anerkennung. Es sind dies Wilhelm Koch in Schulau und Jochim Kramer. Beide Unternehmer sind geplante.

Die Ausperrung in Kiel ist von den Unternehmern nicht aufgenommen. Nachdem schon am Sonnabend vor Ostern die Zimmerer auf dem Vorzeichen der Meister Stellung genommen hatten, beschäftigten sich am Dienstag, 1. April, auch die Maurer mit demselben. Ebenso wie die Zimmerer lehnten auch die Maurer das Innungsangebot ab und forderten den Abschluß eines Vertrages auf drei Jahre, von denen in den ersten beiden Jahren ein Stundenlohn von 60 % bei Pflichtarbeiter, im dritten Jahre ein solcher von 63 % bei neuemständiger Arbeitszeit zu zahlen ist. Das genannte „Ultimatum“ der Innung wurde einstimmig angenommen. Auch die Patricier traten auf Wunsch der Meister zusammen, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Sie nahmen eine vermittelnde Haltung ein und empfahlen den Meistern durch eine Kommission von fünf Personen, einen Vertrag auf zwei Jahre bei einem Stundenlohn von 60 % abzuschließen.

Die Innung will aber keine Einigung! Denn sie beschloß am 3. April, die Forderung der Maurer und Zimmerer nicht zu bearbeiten. Auch den Patricieren, die auf speziellen Wunsch der Meister zusammengetreten waren, wurde keine Antwort auf ihren Vermittelungsvorschlag gegeben. Alle Innungsbauten ruhen.

Soweit die Maurer in Betracht kommen, sind von der Ausperrung 927 betroffen worden; davon 408 Verheirathete mit einer Kinderzahl von 822, ledig sind 403 und abgereist 116. Die Patricier haben in einer Versammlung mit 58 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Arbeit ebenfalls einzustellen, nur diejenigen sollen dem Beschluß entsenden, die die Genehmigung der Zivilfertigung erhalten, welche nur ertheilt wird, wenn triftige Gründe vorliegen. Dieser Weisung ist am Freitag, 5. April, zur Ausführung gelommen. Der Zugang war in der verflossenen Woche außergewöhnlich stark, ein Beweis dafür, daß die Unternehmer den gegen die Gesellen geführten Krieg wohl vorbereitet hatten. Der Vorsitzende des Gewerkegerichts hat sich erboten, das Einigungsamt des Gewerbege richts zur Schlichtung des Streits einzuberufen. Die Entzifferung der Befehlsgaben steht noch aus. Die in Münzenberg gegenwärtigen Maurarbeiter haben nun ebenfalls beschlossen, eine Lohnherabsetzung von 50 auf 48 % zu fordern. Bis zum 8. April verlangen sie den Bescheid der Unternehmer.

In einer am Sonnabend von den Ausgesperrten abgehaltenen Versammlung wurde von den Maurern sowohl als auch von den Zimmerern einstimmig beschlossen, der Antrag des Gewerbege richts-Mitgliedern Folge zu leisten und, obgleich die Sache für sie günstig steht, das Einigungsamt anzurufen. Die Innungsmeister sollen dagegen, wie verlaufen, die Aufforderung auszufordern haben. Der Gesellenabschluß erhält von der Innung ein Schreiben zugestellt des Innals, daß die Innung am Mittwoch, 9. April, Mittags, die Erklärung erwartet, ob die Arbeitnehmer bereit sind, auf 5 Jahre einen Vertrag auf 48 % Stundenlohn abzuschließen, unter Beibehaltung der übrigen Verhältnisse des alten Vertrages. Andernfalls gibt die Innung zu bedenken, daß sie sich kontraktlich binden müsse, um große Massen fremde Leute heranzuziehen. Dadurch würde sie dann verpflichtet sein, den ganzen Sommer mit diesen zu arbeiten. Die Folge würde dann sein, daß sie die am Orte anwesigen Leute auch schwerlich in Arbeit nehmen könne.

In Neustadt (Holstein) stellten die Kollegen im Herbst vorigen Jahres an die Unternehmer das Verlangen, den Stundenlohn vom 1. Januar dieses Jahres von 80 auf 78 zu erhöhen. Darauf ist aber weder eine Antwort noch

die Bewilligung der Forderung erfolgt. Die Gesellen beschlossen daher in einer am 6. April abgehaltenen Versammlung, am Montag, 7. April, den Unternehmern den neuen Tarif zu überreichen, mit der Forderung, denselben zu genehmigen; wenn dies bis Donnerstag, 10. April, nicht geschieht, soll die Arbeit eingestellt werden.

In Schönbürg i. M. ist mit den Unternehmern eine Einigung dahin erzielt, daß bis zum 1. April 1902 für Privatsarbeiten ein Lohn von 33 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und von da ab 35 $\frac{1}{2}$ geabtzt wird. Wenn die Unternehmern mit der Regelung eine Verständigung über den bei füllischen Arbeiten zu zahlenden Lohn nicht herstellen können, dann wollen sie diese Arbeiten aufgeben.

Die Lohnbewegung in Dassow ist ebenfalls zu einem für die Gesellen günstigen Abschluß gelangt, indem die gemüthliche Unterschrift von den Unternehmern gegeben wurde.

Der Streit in Laage i. M. ist beendet. Der Innungsmeister Körff, der nur noch allein in Betracht kam, erklärte auf Ersuchen, den geforderten Lohn zahlen zu wollen. Die Arbeit ist darauf am Donnerstag, 8. April, in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Noch nicht zum Abschluß gekommen sind dagegen die Unterhandlungen in Malchin. Die Unternehmern drohten mit Aussperrung, wenn nicht bis zum 5. April eine Verständigung erzielt sei. Sie haben ihre Drohung aber nicht zur Ausführung gebracht, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß jeder Tag den Streit bringen kann.

In Kassel legten wegen Lohndifferenzen am Montag, den 7. d. M., 16 Maurer am Bau des Unternehmers Gundel vor dem Königshof die Arbeit nieder. Aber nicht nur Lohndifferenzen halber, sondern auch die Mängelhaftigkeit der Bauabude nebst Abort, wo auch die leichte Bauaral des Treppenhaus gaben zur Niedergabe der Arbeit Veranlassung.

In Rehden (Alver) haben die Maurer und Zimmerer am Dienstag, 1. April, die Kündigung eingereicht. Im Januar dieses Jahres reichten sie bei den Unternehmern eine Forderung ein, wonach die zehntägige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 27 $\frac{1}{2}$ eingeführt werden soll. Die Unternehmern hielten es nicht für nötig, hierauf zu antworten. Jetzt werden sie wohl eine Antwort geben müssen, wenn sie den Streit vermeiden wollen.

In Wittenburg sind die Kollagen zur Erbringung des Zehntägigkeiten in den Streit eingetreten. Die Situation ist den Streitenden günstig.

Die Aussperrung in Halberstadt ist am 6. d. M. beendet worden. Es wurde eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt. Der Lohn wurde für dieses Jahr auf 40 bis 43 $\frac{1}{2}$ und für nächstes Jahr auf 42 $\frac{1}{2}$ bis 45 $\frac{1}{2}$ festgesetzt.

Die Unternehmern in Magdeburg haben die Absicht, ihren Arbeitern einen verschlechterten Lohnsturz aufzubringen, der ohne jede Mitwirkung der Arbeiter einfach von den Unternehmern distilliert werden soll. Um hierzu Stellung zu nehmen, fand am Mittwoch, den 2. April, eine von circa 3000 Personen besuchte Versammlung aller im Bauaufbau beschäftigten Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter) statt. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Koch wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die versammelten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter sind der Überzeugung, daß feste Arbeitsverträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur dann gegenseitig wirken können, wenn sie unter beiderseitiger Anerkennung der Organisation zu Stande kommen.“

Die Versammelten erklärten deshalb das Vorgehen der Arbeitgeber, einen einheitlichen Tarif aufzustellen, für absolut ungeeignet, gelinde Verhältnisse im Baugewerbe zu ermöglichen, um so mehr, da der Tarif der Unternehmertum, ungedacht dessen, daß Lebensmittel und Mietpreisbetrag bedeutend gestiegen sind, eine Verschlechterung des bis jetzt wichtigen Arbeitstisches in sich birgt.

Sie beantragten deshalb die Siebenenkommission, dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes mitzutheilen, daß die Versammelten dem einheitlich aufgestellten Tarif die Anerkennung verfugten, aber bereit sind, zur Festlegung des bis herigen Tarifes in Unterhandlungen zu treten.

Weiter befiehlt die Versammelten, dem Herrn Oberbürgermeister Schneider, unter dessen Mitwirkung im Jahre 1898 die Beilegung des Lohnkampfes erfolgte, die Mitteilung zugehen zu lassen, daß die Arbeitgeber eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedächtig und denselben zu erufen, seinen Einfluß zur Abwehr einer Lohnfikung geltend zu machen.

Endlich befiehlt die Versammelten: für den Fall, daß die Arbeitgeber die Siebenenkommission weiter ignorieren, die eingelösten Organisationsleistungen berechtigt sind, eventuell unter Anrufung des Gewerbegerichts, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die beabsichtigte Lohnfikung abzuwehren.

Die Unternehmer in Gardelegen gehen mit der Absicht um, den Gesellen wieder die 11-tägige Arbeitszeit aufzubürden. Da die Gesellen sich dieses nicht so ohne Weiteres gefallen lassen werden, ist ein Streit in nächster Zeit wahrscheinlich.

Seit dem 2. d. M. befinden die Kollegen in Hegerode wieder im Streit. Sie fordern eine Lohnhöhung von 40 auf 45 $\frac{1}{2}$, einen Aufschlag für Bauarbeiten von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, für Überstunden, nur in dringenden Fällen zulässig, 10 $\frac{1}{2}$, für Nacharbeiten 15 $\frac{1}{2}$ Aufschlag; und bei Werk oder Fertigarbeit täglich 25 $\frac{1}{2}$ Pauschalgehalt; außerdem sind noch einige Nebenforderungen erhoben worden.

Die Maurer in Groß-Besten, Kreis Teltow in der Mark, hatten beschlossen, an die Unternehmer eine Lohnforderung zu richten und zu diesem Zwecke die Siebenenkommission beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten. Die Siebenenkommission ist dem ihr geworbenen Auftrage nachgekommen und hat die Unternehmer in einem sehr höflichen Schreiben erachtet, sich über die Forderung zu äußern. Eine Antwort erfolgte darauf nicht. Die Kommission hat sich deshalb veranlaßt, in einem Schreiben vom 22. März abermals die sehr höfliche Bitte an die Unternehmer zu richten, doch auf die Forderung eine Antwort zu erheben. Ein Unternehmer ist dem wiederholten Drängen nachgekommen und hat auf einer Postkarte eine Antwort ertheilt, die wir ihrer Originalität halber und als charakteristisches Zeichen unserer Kulturschöpfer hier wort- und buchstabengetreit wiedergeben wollen.

An Carl Panisch, Gr.-Besten.

Gr.-Besten 28. 3. 02.

„An Maurer Besten und umgegend: auf ihr schreiben von 10. 2. 22. 3. erwidert. Ich halte nicht für nötig mit Ihnen zu verhandeln ich bin arbeitgeber und lohnzahler und habe

zu bestimmen und wenn das nicht kostet braucht nicht bei mir kommen. Ich habe noch keinen zur Arbeit gehörigen auch nicht gezeigt nur der hungertwint zur Arbeit. Ich bitte deshalb mir nicht mehr mit derartige Briefe zu belästigen wiedrigens ist mir weiter verbunden werden für die 60 $\frac{1}{2}$ hältet ihr lieber 50 $\frac{1}{2}$ gekauft. Es kan geben anfängliche Geselle und arbeiter bei mir um Arbeit anfragen aber Faulenzer Schufte Regel möchten sich nun halten von mir und von meiner Wohnung. Ich werde jedes ungerechtlichen suchen mit hausmenschlichen auferstreichen der hunger. Dies ist eine schlimme Krankheit füre können sie nicht durch wen es nicht noch immer mitleidige Schelte geben. Da hat sich schon mancher eine Rettungs-Modale verbind.“

August Wiemann, Bauunternehmer.

Die Verrohung in Unternehmertreinen nimmt einen immer bedenklicheren Charakter an. Die Verhölder für öffentliche Wohlfahrt und Güteleistung sollten endlich einmal darauf hinzu, welche Mittel und Wege einzuschlagen sind, um diesem die Staats- und Gesellschaftsordnung untergraben Unwesen zu steuern. Zum wenigsten sollte dieser Mann eine längere Zeit auf seinen Gelehrtenkund zu bedenken.

In Rathenow sind die Maurer durch den Zimmererstreit in Mitleidenschaft gezogen. Eine Versammlung der Maurer am 2. April beschloß, sich mit den Streitenden solidarisch zu erklären und keine Zimmerarbeiten während des Streits zu vertragen.

Die Kollegen in Bruchmühle, Alt-Landsberg, Neuenhagen haben am 1. April die Arbeit eingestellt; sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 42 $\frac{1}{2}$ bis 45 $\frac{1}{2}$ auf 48 bis 50 $\frac{1}{2}$. Der Streit erstreckt sich auf die Ortschaften Alt-Landsberg, Neuenhagen, Leiberg, Schönholz, Hoppegarten, Friedersdorf, Bruchmühle, Bötzow, Krumbach, Eggersdorf und Mehrow. Vor dem Streit waren in dem Lohnhöhe 67 Gesellen und Werkstätte beschäftigt; 7 Maurer, 7 „Arbeitswillige“ und 28 Lehrlinge sind bei der Arbeit gestellt. 2 Maurer haben jedoch erklärt, sich den Streitenden anzuschließen zu wollen. Am Schlus der ersten Streitwoche befanden sich im Streit 20 Kollegen, davon 17 Maurer mit 81 Kindern; 10 waren abgereist und 18 sind zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten. – Telegraphe wird und kurz vor Schluss der Redaktion mitgeteilt, daß die Kollegen in dem Lohnhöhe Bärwalde-Güstebiese-Bäcker-Behden sich gleichfalls im Streit befinden.

Der „Arbeitgeberverband für das Bauwesen“ in Dresden, dessen Vorstand sich wiederholtermaßen auf die Lohnsturz zu geben wußte, als habe er einiges sozialpolitische Verständnis, hat beschlossen, den Lohn herabzusetzen. Zweitmal hat der Unternehmerverband bei dem sächsischen Ministerium um Einführung einer Lohnhöhe 80 Stundenlohn in die staatlichen Submissionsbedingungen petititioniert, zu dem Zweck, eine Lohnherabsetzung seitens der unorganisierten Unternehmertum zu verhindern. Das Ministerium hat leider dem in Prinzip sehr vernünftigen Ansuchen des Unternehmerverbandes keine Folge gegeben. Im vorigen Herbst hat der Vorstand des „Arbeitgeberverbandes“ öffentlich und gethan, daß der Lohn der Dresdener Bauarbeiter nicht zu hoch und daß eine Herabsetzung des Lohnes keine weg zu rechtfertigen sei. Ein einer Bemerk mit dem Dresdener Haushaltsernährung wurde von dem Vorstande des Unternehmerverbandes höchst geäußert: „Man soll den Arbeitstisch in Zeiten niedriger Geschäftshäufigkeit nicht dann reduzieren, wenn der selbe in Zeiten hochgefeierten Geschäftshäufigkeit unverhältnismäßig gesteigert worden ist, damit der Arbeitermann, der durch die verminderte Arbeitsgelegenheit schon einmal gefolgt wird, nicht doppelte Schädigungen erfährt.“ Die Frage, ob in Dresden der Lohn für die Bauarbeiter unverhältnismäßig in die Höhe getrieben worden ist, wurde von dem Vorstande des Unternehmerverbandes rücksichtslos verneint.

Trotz allem hat nun doch der Arbeitgeberverband beschlossen, den Stundenlohn um 3 $\frac{1}{2}$ zu reduzieren, denn etwas Anderes befiehlt es nicht, wenn den Mitgliedern des Verbandes durch Beisicht einer fürsätzlich stattgefundene Generalversammlung gestattet sein soll, die Grenzen der Lohnhöhe für Maurer und Zimmerer von 48 $\frac{1}{2}$ bis 45 $\frac{1}{2}$ auf 40 $\frac{1}{2}$ bis 43 $\frac{1}{2}$ zu erweitern. Und der Vorstand an dieser Lohnreduktion ist nicht etwa aus der Mitte der Generalversammlung gekommen, sondern der vor „sozialpolitischer Erfahrung“ durchstänkte Vorstand des Verbandes hat selbst diesen Antrag gestellt, nachdem er in einem in der Vorstandssitzung ein diesbezüglicher Vorstand erläutert wie folgt:

„Der Arbeitgeberverband hat trotz der seit circa 1 $\frac{1}{2}$ Jahren währenden rücksichtigen Konjunktur die Arbeitsstunden auf der Höhe belassen, wie die selben in der Hochkonjunktur stehen geblieben sind, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Arbeitsstunden sind auch in der Hochkonjunktur am hiesigen Platze nicht unverhältnismäßig in die Höhe gebracht worden, sondern die Bauarbeiter haben höchstens mit der aufsteigenden Bewegung der Lebensmittel- und Mietpreise gleitende Schritte gehalten. Die Lebensmittelpreise sind aber bis jetzt noch nicht gestiegen und die Mietpreise für kleine Wohnungen wie die dichten von den Bauhandwerker bezahlt werden können, sind wohl nur ganz vereinzelt zurückgegangen. Aus reinen Gewinnmäßigkeitssünden also ist es geboten, eine Lohnherabsetzung hinzunanzuladen.“

Der Arbeitgeberverband hat sich viel Mühe gegeben, bei den Staats- und städtischen Behörden, bei deren Bauten eine Lohnhöhe, zur Annahme zu bringen, die dem Unternehmertum verbietet, unter einem bestimmten Lohn zu zahlen; die darauf hinaus gehenden Petitionen an das Finanzministerium und die Stadtgemeinde sind jedoch glatt abgelehnt worden.

Ebenso wie hat der Arbeitgeberverband seitens der Arbeiterschaft selbst in seinem Bestreben, den Lohn auf der jetzigen Höhe zu erhalten, Unterstützung gefunden. Die Arbeiterschaften haben sich zwar allemal an den Verband vorstand gewandt, wenn ein Mitglied des Verbandes einen geringeren Lohn zahlte, worauf dann seitens des Vorstandes jedesmal mit Erfolg die festgestellte Lohn zur Geltung gekommen sind. Dieselben Arbeiterschaften aber sind nicht in der Lage gewesen und haben es meist auch garnicht versucht, die vielen Bauarbeiter zu sperren, wo von Unternehmern, welche dem Verbande nicht

angehören, 54 weniger als der Verbandslohn, gezahlt werden.

Ebenso wie haben die Arbeiterschaften ver sucht, im Verein mit der Arbeiterschaft irgendwelchen Rath oder Verbindung zu suchen, wie dem Verbande der Löhne zu steuern sei.

Eine Folge der strengen Lohnpolitik des Verbandes ist die Thatache, daß die Mitgliederzahl des Verbandes um circa 25 v. p. zurückgegangen ist.

Nach allem ist der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe in Dresden, will er nicht seine ganze Organisation in Frage stellen, nicht in der Lage, so wie bisher einen Druck auf seine Mitglieder bezüglich der Lohnhöhe auszuüben. Die Generalversammlung wolle daher befürchten, die Grenzen etwas weiter zu stellen und den Lohn auf das Jahr 1902 für Maurer und Zimmerer auf 40 $\frac{1}{2}$ bis 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde (bisher 43 $\frac{1}{2}$ bis 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde) festzulegen, steht jedoch, wie bisher, auch heute noch auf dem Standpunkte, daß Lohnreduzierung am hiesigen Platze ganz unzweckmäßig sind.

Dieser Vorschlag des Vorstandes ist, wie gesagt, von der Generalversammlung zum Abschluß erhoben worden. Dies ist ja nichts Neues. Das rücksichtige Unternehmertum wird immer verfügen, sich auf Kosten der Arbeiterschaft schadlos zu halten. Das Verbliebene bei der ganzen Gesellschaft ist, daß der Vorstand diesen Abschluß nach Kräften gefordert hat, der Vorstand, der mit so vielen schönen Worten dargestellt hat, eine Lohnreduktion sei, in Dresden garnicht zu rechtfertigen, der einen solchen Schritt gewissermaßen als moralisch hingestellt hat. Der von dem Dresden Unternehmerverband gefasste Abschluß bestätigt mit aller Deutlichkeit, daß dem Verband jede sittliche Grundlage fehlt, nur der nackte Egoismus kann die Leute zusammenhalten. Nach dem Winzeler des Vorstandes muß man zu der Überzeugung kommen, daß der ganze Unternehmerverband auseinander gelassen wäre, wenn der Abschluß, die Löhne zu reduzieren, nicht zu Stande gekommen wäre.

Was der Vorstand des Unternehmerverbandes über die Thatache unserer Organisation sagt, beruht auf Unwahrheit. Die im Verbande organisierten Dresden Maurer resp. die zur Zeitung desselben bestimmten Kollegen haben es nicht nur verfügt, sondern sind auch in der Lage gewesen, die von den unorganisierten Unternehmern geplanten Lohnreduzierung ganz energisch zurückzuweisen. Zu diesem Zweck wurden im April und Mai des vorherigen Jahres die Bauten von 15 Unternehmern gesperrt, und des Erfolgs war, daß diese Unternehmertum nicht nur den üblichen Lohn (48 bis 45 $\frac{1}{2}$) zahlt, sondern auch sonstige Missstände befehligen mussten. – Deutliche Erfahrungen dürften jetzt wohl auch die Bundesmeister machen, denn die Dresden Maurer und Zimmerer werden keineswegs geneigt sein, sich den an und für sich niedrigen Lohn noch länger zu lassen.

Der Schiedsgericht wird es wahrscheinlich zu einer Aussperrung kommen. Die Unternehmertum suchen sich ihren vertraglich eingegangenen Verpflichtungen, wonach sie vom 1. April an einen Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ zu zahlen haben, dadurch zu entziehen, daß sie zahlreiche Arbeitskräfte von auswärts hereinziehen und die einheimischen Gesellen auf die Straße setzen.

Im Rothen sind die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband am 27. März ziellos beendet worden. Die Unternehmertum waren nicht genug, irgend welche Zugeständnisse zu machen, sie wollten nur den bisherigen Tarif (41 bis 48 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn) auf ein Jahr verlängern. Als Grund für die Ablehnung wurde ungenügende Arbeitsgelegenheit vorgeschlagen. Die Unternehmertum bemühten sich, Zugang zu massen heranzuziehen; in der letzten Woche sind besonders viele Maurer aus Oberösterreich eingetroffen, aus welcher Gegend sonst in Polen gar keine Maurer anzureisen waren.

Zur Beadlung!
Für das tschechische Böhmen erledigt Auftragen und Maßnahmen betreffs Fernhaltung des Zugangs Kollege Anton Šeba in Odborové-Svratzeni, Prag II, Märtigasse Nr. 1959.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 8 des „L'Operaio Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 14. April, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

All Zeitschriften, die schneller Erschließung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operaio“: C. Legien, Hamburg-Si. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

* * *

Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir zum 27. April die diesjährige Konferenz für den Gau Leipzig ein. Dieselbe findet in Altenburg, Gasthof zum „Goldenen Adler“, Kesselfaffe, Borm. 10 Uhr, statt. Als vorläufige Tagesordnung wird festgesetzt: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren; 2. Situation im Baugewerbe; 3. Verschiedenes; 4. Neuwahl des Gauvorstandes.

Die Wahl der Delegierten im Königreich Sachsen hat in öffentlichen Versammlungen zu erfolgen, in den übrigen Orten in Mitgliederversammlungen der Zweigvereine.

Jeder Delegierte muß mit einem Mandat versehen sein. Im Königreich Sachsen ist dasselbe von dem Bureau der Versammlung, in den übrigen Orten vom

Zweigvereinsvorstand auszufertigen. Das Mandat wird nur als Legitimation anerkannt, wenn es in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch vorgezeigt wird.

Der Gauvorstand.

J. A.: Gust. Jacob, Vorsitzender.

Am 2. Oktobertag wurde in Cottbus eine Kreis konferenz der Zweigvereine in der Nieder-Lausitz abgehalten. Vertreten waren 12 Orte und zwar: Cottbus, Forst, Pehl, Lieberose, Senftenberg, Calau, Beeskow, Döbern, Goritz, Spremberg, Drebau und Hohenwerder; außerdem war der Gauvorstand durch die Kollegen H. Silbermann und B. Schulz vertreten. Den Bericht des Gauvorstandes erstellte Kollege Schulz-Berlin.

Der Bericht erstreckte sich auf 193 Zweigvereine mit 21 100 Mitgliedern. Im Gau Berlin sind im Ganzen 80 pfl. der im Gau wohnenden Kollegen organisiert. Von den im Nieder-Lausitzer Bezirk wohnenden Mätern sind dagegen nur 18 pfl. organisiert und zwar verbleibt sich der Procentsatz auf die einzelnen Orte wie folgt: In Forst 22 pfl., Spremberg 16 pfl., Senftenberg 24 pfl., Finsterwalde 18 pfl., Cottbus 16 pfl., Goritz 5 pfl. und Lieberose 8 pfl. Daraus ergibt sich, daß gerade im Nieder-Lausitzer Bezirk noch ein großer Arbeitsbedarf für die organisatorische Tätigkeit vorhanden ist. Dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Nieder-Lausitz mit zu den schlechtesten im Gau zählen, erscheint dem nach begreiflich.

Nachdem der Referent noch die Fassensatzung des Verbundes besprochen und darauf hingewiesen hatte, daß die Mitgliederzahl stabil geblieben ist, trat der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung des Kreisvertrauensmannes und der einzelnen Delegierten über die örtlichen Verhältnisse" übergegangen. Zunächst erhielt der Kreisvertrauensmann Käppeler Bericht über seine Tätigkeit und im Anschluß daran über die Verhältnisse in Cottbus. Ein Einnahmen sind zu verzeichnen um 1. Quartal 1901 M. 84, 2. Quartal M. 65, 3. Quartal M. 16, 4. Quartal M. 25, Summa M. 199. Ein Ausgaben im 1. Quartal 1901 M. 45,60, 2. Quartal M. 84,20, 3. Quartal M. 22,75, 4. Quartal M. 29,90, Summa M. 128,45. Bleibt demnach ein Bestand von M. -85.

Sitzungen und Versprechungen wurden 18 abgehalten, Briefe wurden 89 und Postkarten 12 verhandelt. Der Zweigverein Cottbus wurde 1899 gegründet, und traten in diesem Jahr 300 Mitglieder bei, da gerade eine sehr günstige Arbeitsgelegenheit war und viele freie Kollegen in Arbeit standen. Der Lohn stand bei 11stündigiger Arbeitszeit auf 26-31 pfl. pro Stunde. Daß der in demselben Jahre gefestigte Lohnforderung wurde ein Vertrag zu Stande gebracht und der Lohn auf 28 bis 40 pfl. erhöht, die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgesetzt. Am 18. Dezember 1901 wurde dieser Vertrag seines der Meister gefüllt und mit dem Bemerkten, denselben Vertrag wieder abzuschließen zu wollen, aber nicht, wie bisher, mit der Lohnkommission, sondern mit dem Gesellenausschuß; dieses wurde jedoch seitens der Gesellen abgelehnt, daraufhin wurde nach zweimaligem Verhandeln der Vertrag mit einigen Formänderungen und Verbesserungen mit der Lohnkommission am 10. März 1902 wieder abgeschlossen. Die 600 im Bezirk Cottbus wohnende Mäuter verhielten sich auf 90 Orte. Über Baubuden und Aborte besteht seit dem 1. April 1900 eine Polizeiverordnung und ist diese Sache dadurch geregelt; der Bau der Rüstungen dagegen läßt immer noch zu wünschen übrig, es liegt dies aber zum großen Theil an den Kollegen selbst.

Der Zweigverein Forst wurde 1897 gegründet, 1899 traten die Kollegen in den Streik, derselbe wurde erfolgreich beendet. Lohnreduzierungen sind bisher nicht vorgeschlagen, doch haben einzelne Unternehmer für dieses Jahr Lohnreduzierungen angekündigt, hoffentlich wird aber die Organisation stark genug sein, dieselben zurückzuweisen. Der Bezirk erstreckt sich auf 56 Orte, die Rüstungen sind im Allgemeinen gut, dagegen sind die Baubuden und Aborte meistens noch in schlechter Verfassung.

In Spremberg wurde der Zweigverein 1899 gegründet mit 45 Mitgliedern. Der Lohn stand bei 11stündigiger Arbeitszeit auf 28-30 pfl., derselbe wurde durch Streik auf 26 pfl. erhöht und die Arbeitszeit auf zehn Stunden ermäßigt. Jedenfalls ist es von Anfang an nicht möglich gewesen, die zehnstündige Arbeitszeit durchzuführen, da die große Mehrzahl der Kollegen sich nicht daran gewöhnen konnte, eine Stunde früher aufzuhören; auch ist der Lohn wieder auf 24 pfl. zurückgegangen. In diesem Jahre hat der Herr Gundersmann sogar bloß 32 pfl. bezahlt und ist über die Bauten dieser Firma deshalb die Sperre verhängt. Baubuden, Aborte und Rüstungen befinden sich durchweg in schlechtem Zustande.

In Pritz wurde am 16. März d. J. ein Zweigverein gegründet, und zählt derselbe 20 Mitglieder. Der Lohn steht auf 24 bis 28 pfl. pro Stunde. Die Kollegen wollen nach Osten eine Forderung stellen, und zwar zehnstündige Arbeitszeit und 32 pfl. Stundenlohn. Baubuden, Aborte und Rüstungen sind mangelfhaft.

Der Zweigverein Sorau ist 1899 gegründet und zählt 88 Mitglieder. Die Kollegen sind aber gleich darauf in den Streik getreten, trocken Haupt- und Baubestand, davon abzüglich; derselbe ging dann auch verloren und der Zweigverein mit ihm. Der Lohn schwankt jetzt zwischen 22 und 28 pfl. pro Stunde bei 11stündigiger Arbeitszeit; die Barriere erhalten das gegen einen Tagelohn von M. 5-7,50. Zum Beispiel Sorau gebühren 43 Orte mit 460 Mäutern, davon wohnen direkt in Sorau nur 59.

In Lieberose hat sich der Zweigverein erst am 23. März dieses Jahres gegründet und zählt derselbe 39 Mitglieder. Vor zehn Jahren stand der Lohn derselbe auf M. 1,75, er stieg dann mit der Zeit auf M. 2,25 und beträgt jetzt M. 2,40 pro Tag bei 11stündigiger Arbeitszeit. Die Kollegen haben nun eine Forderung an die Meister gestellt, auf zehnstündige Arbeitszeit und 30 pfl. Stundenlohn und ist Aussicht vorhanden, daß in diesem Jahre eine gute Saisonperiode ist, die Forderung durchzuführen.

In Finsterwalde steht der Lohn auf M. 2,30 bei zehnstündiger Arbeitszeit, doch wollen die Unternehmer den Lohn um 8 pfl. pro Stunde reduzieren, drei Unternehmer haben es schon gelassen und wird es deswegen jedenfalls zum Streik kommen, die Kollegen hoffen aber auf Erfolg. Baubuden, Aborte und Rüstungen sind überall mangelfhaft.

Der Zweigverein Senftenberg wurde 1890 gegründet und betrug die Mitgliederzahl am Schluß des selben Jahres 150-180.

Der Lohn stand bei elfstündigiger Arbeitszeit auf 24-28 pfl. pro Stunde. Die Mitgliederzahl ist jedoch seit dem vorigen Jahre bis jetzt auf 30-40 zurückgegangen und kann es deshalb nicht wieder nehmen, daß der Lohn auch auf 28-30 pfl. zurückgegangen ist. Jedenfalls liegt dies einerseits an den Verhältnissen, andererseits an den Kollegen selbst. Im ganzen Bezirk Senftenberg ist nirgends ein Vertrag zur Abhaltung von Versammlungen zu erhalten, und wenn wirklich einmal ein Werk sein Vertrag dazu hergeben will, so ist der Amtsvorsteher gleich da und verbietet es dem Werk. Manchmal gehen auch die Unternehmer zum Werk und bitten ihm M. 30 oder 60, ja sogar noch mehr als Entschädigung, damit dieser nur das Vertrag nicht zu Versammlungen hergibt.

Die Kollegen dagegen arbeiten Sonntags und die Nächte durch, 16 Stunden hintereinander. Es ist schon oft genug vorgekommen, daß Kollegen 110, ja sogar bis 120 Stunden in einer Woche gearbeitet haben, und dann freuen sie sich noch, wenn sie in einer solchen Woche M. 20-38 verdient haben. Dass sie aber ihre Gesundheit und ihre Knochen dabei zu Brabe tragen, das begreift sie nicht oder wollen es nicht begreifen.

In Calau besteht noch keine Organisation, und beträgt der Lohn dagegen 24-28 pfl. pro Stunde bei 11stündigiger Arbeitszeit.

In diesen Jahren ist dagegen die Baufähigkeit eine besonders günstige, und soll deshalb mit der Aquation kraftig eingelebt werden.

In Pritzschau hat 1899 eine Organisation in unserem Gewerbe bestanden, jedoch gehörte sie der "Frisch-Länder" Schule Richtung an. Nachdem der Lohn durch dieselbe auf 20 pfl. bei 11stündigiger Arbeitszeit erhöht worden war, ist die Baufähigkeit wieder eingegangen. Jetzt ist die Baufähigkeit eine äußerst geringe und hält es insgesamt schwer, eine Organisation zu Stande zu bringen.

In Drebau besteht ebenfalls keine Organisation; der Lohn steht dagegen auf 28-34 pfl. bei 11stündigiger Arbeitszeit; die Baufähigkeit ist auch hier eine sehr geringe für dieses Jahr.

In Döbern schätzt der Lohn bei durchschnittlich vierzehntündigiger Arbeitszeit 38 pfl. pro Stunde. Die Unternehmer dagegen sind alle aus dem Gießelandslande hervorgegangen und ist kein einziger technisch gebildet, aber desto brutaus ist sie.

Damit ist die Berichterstattung erledigt. Aus derselben geht hervor, daß die Verhältnisse überall noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung, "Ablösung und Organisation", referiert Silbermann. Derzeit macht im Auftrage des Gauvorstandes der Vorstand, in der Nieder-Lausitz läuft ein paar Wochen oder Monate agitatorische Tätigkeit zu und zwar sollen die Vorstände der einzelnen Zweigvereine die auf der Konferenz vertretenen, diesen Kollegen nach bestem Streitwissen ausführen. Dieser Vorstand wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde einer Resolution, welche auf der siebten Konferenz des Gauverbandes Berlin am 9. März einstimmig angenommen wurde und schon in Nr. 12 des "Grundstein" bekannt gegeben ist, einstimmig zugestimmt.

Nachdem der Referent den Zweigvereinen noch die Wollstift auferlegt, in den einzelnen Orten ihres Bezirks, wo noch keine Organisation besteht, Kollegen aufzufinden zu machen, mit welchen sich die Kollegen, der mit der Ablösung betraut wurde, in Verbindung setzen können, wurde die Kreiskonferenz mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung geschlossen.

Aus dem nördlichen Bayern wird uns geschrieben: Ich hatte schon oftmals Gelegenheit, auch dem Organ unserer christlichen Kollegen zu erzeigen, daß man zwar den Kollegen in den Versammlungen vorlagen darf, ihre Lage sei eine miserable und somit verbesserungsbefürchtig, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen wollen, aber christlich müssten sie sich organisieren. Dass man in fast jeder Versammlung auf unserem Verband und unsern Fädeln, "Grundstein", ordentlich einkauft, sei dies nebenbei erwähnt. In der Woche vor Ostern hatten wir nun auch die Ehre, uns in unserer Heimat mit diesen sonderbaren Lohnen herumzufügen, und zwar in der Gegend von Bad Wünnenberg. Daß der christliche Verband kein rechtes Zugeständnis ist, hat wie es scheint, der Referent, der aus Köln i. Rh. war, selbst schon gemerkt, und so hatte er sich zu den Versammlungen in Bad Wünnenberg und Nüdingen den Stadtarzt von Lippstadt verabredet, der auch, wie wir es nicht anders gewohnt sind, rechtlich über die Sozialdemokratie und den "Grundstein" herzog. Auf Zufall oder Reugeldt waren zu beiden Versammlungen auch unsere Kollegen, und zu letzterer Versammlung Genossen Säckler aus Schleiden erschienen, welche dem Referenten sowie dem Herrn Kaplan mit ihrer Regulierungstheorie ordentlich den Text lasen, so daß der Vorfall aller Anzeigungen auf Seite unserer Kollegen war, und in beiden Versammlungen wurde sein Mittel gegen den christlichen Verband gewonnen. Von unserer Seite wurde an den Herrn Kaplan in der Nebelschlag auch unter Andenken die Frage gerichtet, warum man denn in Unternehmertreffen nicht auch mit christlichen Verbänden beginne? Darauf antwortete der Herr Kaplan folgendes: Die Unternehmer seien dem Christentum und seinen Grundsätzen so entfremdet, daß eine Besserung kaum mehr zu erwarten sei. An ihnen sei Hopfen und Malz verloren. Der gute Mann vertrat, aber, ihm zu wollen, was in seinen Kräften steht, um auch die Unternehmer auf christlicher Grundlage zu organisieren. Was sagen dazu unsere Herren Baugewerkschaften? Früher erfuhr ich, daß sich die beiden (Einberufung somit Referent) noch mehrere Tage in dortiger Weise unterhielten haben sollen, und auch etliche Male in der Nähe von Wittenbergen geschehen worden sind. Der erste Ansturm der Christen wurde glänzend abgeschlagen. Ein Zeichen, daß auch auf dem Lande die Leute durch das Wort "christlich" sich nicht mehr bezaubern lassen. J. M.

Der Zweigverein Beeskow hielt am 29. März seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nunächst hielt der Vorsteher einen kurzen Bericht über die an das preußische Abgeordnetenhaus gerichtete Petition, betreffend den Bauarbeiterwahl, worauf die überwältig überwältigende Resolution einstimmig angenommen wurde. Die Vorstandswahl war mit einigen Schwierigkeiten verhakt, da alle vorgeschlagenen Kollegen die Wahl ablehnten. Schließlich erklärten Vorstehender und Kassier sich bereit, ihre Posten weiter zu vertragen, damit war die Versammlung einverstanden und die

Wahl erledigt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum Austritt aus dem Kriegerverein auf, indem er eine Kriegerverbandung verlas, aus der hervorging, daß ausgeschlossene Mitglieder mit ihren Ansprüchen an den Kriegerverein abgewiesen wurden.

Der Zweigverein Bremen beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung am 2. April mit der Stellungnahme zu diesjährigen Wahlen. Beslossen wurde, sich dem Arrangement von Partei und Gewerkschaften anzuschließen und möglichst den Tag durch Arbeitskämpfe zu feiern. Eine am 24. April stattfindende Baufeldlegitimationsversammlung soll sich mit der weiteren Angelegenheit des Wahlen beschäftigen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen. Gegenwärtig befindigt sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen. Gegenwärtig befindigt sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen.

Der Zweigverein Bremen beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung am 2. April mit der Stellungnahme zu diesjährigen Wahlen. Beslossen wurde, sich dem Arrangement von Partei und Gewerkschaften anzuschließen und möglichst den Tag durch Arbeitskämpfe zu feiern. Eine am 24. April stattfindende Baufeldlegitimationsversammlung soll sich mit der weiteren Angelegenheit des Wahlen beschäftigen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen. Gegenwärtig befindigt sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen.

Der Zweigverein Bremen beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung am 2. April mit der Stellungnahme zu diesjährigen Wahlen. Beslossen wurde, sich dem Arrangement von Partei und Gewerkschaften anzuschließen und möglichst den Tag durch Arbeitskämpfe zu feiern. Eine am 24. April stattfindende Baufeldlegitimationsversammlung soll sich mit der weiteren Angelegenheit des Wahlen beschäftigen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen. Gegenwärtig befindigt sich die Versammlung mit der Arbeitslosigkeit am Ende. Es steht gegenwärtig bis zu 200 Kollegen.

Am 20. März fand in Bremervörde eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt, welche sich mit der Lohnfrage für dieses Jahr beschäftigte. Man war allgemein der Meinung, daß nach den heutigen Verhältnissen, und da vorausichtlich in diesem Jahre eine gute Ausfuhrjunktion eintreten wird, es wohl nicht zu viel verlangt sei, wenn eine Aufzehrung des Stundenlohns um 2½ % gefordert werde. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß schon 1899 ein Stundenlohn von 50 pfl. gefordert, von den Unternehmern aber abgelehnt wurde. Diesmal dürfte die Forderung aber noch bewilligt werden, da schon viele Gelegenheiten einen Lohn von 50 pfl. erhalten. Nach längerer Beratung wurde folgender Lohntarif einstimmig beschlossen: Der Lohn wird um 2½ pfl. pro Stunde erhöht, so daß der Mindestlohn 80 pfl. pro Stunde beträgt; Rungestunden erhalten im ersten Quartal 42½ pfl. pro Stunde, für Überstunden — nur in dringenden Fällen zulässig — wird ein Aufschlag von 10 % gezahlt. Derselbe Aufschlag tritt ein bei Wasserarbeiten. Hierunter sind sämtliche Hauen und Kanalisationarbeiten zu verstehen. Die wöchentliche Lohnzahlung erfolgt auf der Baustelle. Der Vertrag soll Gültigkeit haben vom 1. März 1902 bis 30. April 1903. Der Gesellenauszug wurde beantragt, sobald eine Antwort von den Unternehmern auf diese Forderung eingegangen ist, eine neue Versammlung einzuberufen, in der die Angelegenheit weiter besprochen und eventuell getreut wird.

In Bremervörde fand am 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen im Mitgliedsbuch zu quittieren.

In Bremervörde fanden vom 1. Januar bis 1. April eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen, die sämtlich sehr häufig besucht waren, trotzdem dieselben außerordentlich reichhaltige Tagesordnungen aufwiesen. Um die Kollegen häufiger genauer zu informieren, zu lernen, welche es das ganze Jahr nicht für nötig finden, in den Versammlungen zu erscheinen, wurde beschlossen, in den Mitgliederversammlungen die Präsenzliste zu verlesen und den Mitgliedern die Antheilnahme an den Versammlungen

werden konnten. Auf 10 Bauten fanden Arbeitseinstellungen statt wegen schlechter Behandlung, und auf 4 wegen Lohnstreitigkeiten. Die Gesamtumfosten der Spesen betragen $\text{A} 1206,10$. Außerdem verursachte der Streit der Bauarbeiter $\text{A} 494,01$ Kosten. In 180 Fällen musste ein Mitglied des Vorstandes an den Bau kommen, um Differenzen zu schlichten. Rechtsstreit erhielten 21 Kollegen mit einem Kostenaufwand von $\text{A} 648,43$. Reiseunterstützung wurde an 950 Mitgliedern im Gesamtbetrag von $\text{A} 775,60$ ausbezahlt. Der Mitgliederbestand betrug nach den verlaufenen Märkten berechnet, 2588, gegen das Vorjahr ein Mehr von 210. Neu aufgenommen wurden 388, angemeldet 760, abgemeldet 451, zum Militär eingezogen 30, vom Militär entlassen 12, ausgeschlossen 98, ausgetreten 76, gestorben sind 21, wegen Schulden gestrichen 61, die Baustütze befinden 8, Extramitglieder sind 17, Anwälten 23. Die Korrespondenz war eine große; es gingen ein 1018 Poststücken, aus gingen 1811 und 3900 Drucksachen. Die Kostenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse $\text{A} 31526,45$. Die Volkskasse hatte eine Einnahme von $\text{A} 14405,79$, eine Ausgabe von $\text{A} 13886,53$. Der Volksfonds hatte eine Einnahme von $\text{A} 11749,03$, eine Ausgabe von $\text{A} 11702,49$. Das Vermögen des Volksfonds beträgt $\text{A} 8900$. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen pro Mitglied $\text{A} 1,46$, gegen das Vorjahr ein Mehr von $\text{A} 0,05$. Am Schluß des Jahres waren 221 pzt. der Mitglieder Restanten, im Vorjahr 61,15 pzt. Die Steigerung der persönlichen Verwaltungskosten ist darauf zurückzuführen, daß in dem Berichtsjahr ständig ein Mitglied des Vorstandes auf den Baustellen sein mußte, um Differenzen zu schlichten, oder um die Kollegen persönlich aufzufordern, einen Baudelikten zu wählen. Die Haushaltierung hat ein über alles Erwartete günstiges Resultat ergeben.

Am der Mitgliederversammlung am 26. März wurde zunächst beschlossen, die vom Hauptvorstand herausgegebene Broschüre „Minimallohn und Maximalarbeitszeit“ auf Kosten des Zweigvereins anzukaufen und an die Mitglieder unentgeltlich zu verabreichen. Zur Verorthung der Wiederaufnahmeanträge habe der Vorstand folgenden Antrag auf Beschuß der letzten Versammlung eingereicht: „Der Kollege, der ausgeschlossen worden ist, aber seine Wiederaufnahme beantragt, erhält vom Ausschuß eine Legitimation, daß er sich zur Wiederaufnahme gemeldet hat, die aber nur bis zur nächsten entscheidenden Versammlung gilt.“ Um nicht in jeder Versammlung die langen Debatten zu haben, wodurch die anderen Geschäfte leiden, soll nur in jedem Monat eine Versammlung sich mit diesem Punkt beschäftigen. Die Namen aller Kollegen, die sich in diesem Zeitraum gemeldet haben, sind in der Versammlung zu verlesen, und dann wird über sie in corpore diskutiert und abgestimmt. Dieser Antrag wurde stark befürwortet, ein weiterer Antrag von Oberherrschaft und schließlich wurden beide Anträge abgelehnt. Beide Wiederaufnahmeanträge waren zu erledigen, zwei Kollegen schieden davon aus wegen Nichterscheinens, während die Anderen nach kurzer Diskussion und darauf sie in schärfer Weise auf ihr unpolitisches Verhalten aufmerksam gemacht waren, wieder aufgenommen wurden, und zwar: Gentilis, Scheer, Neuvels, Henne, Tatura, Tebs, Trost jr. und Vogel. Den Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiter- schutzausschüsse erstattete Stober. Nachdem er die Zahl der vorgetragenen Misstände und Unfälle vorgeführt, sowie in großen Zügen die Ursachen und eventuelle Verhütung derselben besprochen hatte, machte er den diesjährigen Arbeitsplan der Kommission bekannt. Es sollen namentlich Erhebungen über den Tiefbau und den Eisenkonstruktionsbau vorgenommen werden. Ferner wird die Kommission sich eingehend mit den Verlustanträgen beschäftigen, hierüber genaues statistisches Material sammeln und zum Nutzen der Allgemeinheit vertheilen. Die Kommission wird auch in nächster Zeit ein kleines Handbuch in Taschenformat herausgeben, durch welches den sämtlichen im Bauaufschäft tätigen Personen die Unfallverhütungsvorschriften, baupolizeilichen Bestimmungen, Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen zu zugänglich gemacht werden sollen. Die Abrechnung für den Monat Februar ergibt, für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von $\text{A} 1690,20$, für die Volkskasse eine Einnahme von $\text{A} 1310,20$, eine Ausgabe von $\text{A} 621,35$. Der erste vor Kurzem wieder aufgenommene Partier Stober hat sich jetzt schon wieder, trotz gegenständigen Versprechens in der Versammlung, in einer Weise gegen die Kollegen und den Verband benommen, daß seine Wiederaufnahme annulliert werden mußte.

Arbeitslosenstatistik des Zweigvereins Hamburg für Monat Februar 1902. Von 2218 Mitgliedern wurden 1908 bestellt. 491 Mitglieder hatten in diesem Monat nicht gefestelt. Wegen Arbeitsmangels feierten 580 Mitglieder zusammen 2924 Tage. Der ungünstigen Witterung wegen mußten 899 Mitglieder 11 601,25 Tage ausscheiden und wegen Krankheit feierten 86 Mitglieder 1888,5 Tage. Ein Vergleich mit dem selben Monat des Jahres 1901 gibt folgendes Bild:

I. Voll gearbeitet:				
Jahr	zahl der Mitglieder	vertragt	festiert	ausgetragen
1901	2278	1783	244	14,80
1902	2218	1906	491	25,76

II. Nicht voll gearbeitet:

Jahr	Personen	Tage	Bruttozeit	Gesammtzeit
1901	1526	27844,5	88,05	134767,88
1902	1415	22918,75	74,24	108306,81

Durchschnittlich feierten die unter II in Frage kommenden Personen im Jahre 1901: 18,95 Tage, 1902: 15,70 Tage.

Jahr	Personen	Tage	Tage im Durchschnitt
1901	702	18170	18,76
1902	580	9284	17,62

III. Davon haben wegen Arbeitsmangels gefestelt:

Jahr	Personen	Tage	Tage im Durchschnitt
1901	768	18755,5	49
1902	899	11601,25	86

Durchschnittlich feierten die unter II festgestellten Personen 1901: 17,91, 1902: 18,99 Tage; die unter III festgestellten Personen 1901: 18,50, 1902: 15,51 Tage.

Am 28. März fand in Kellinghusen eine Maurer- und Zimmererversammlung statt, in welcher der Gesellenausschuß über die Verhandlungen mit den Meistern berichtete. Da

fordernungen der Gesellen sind, außer einigen Ausnahmen, angenommen, so daß der Lohntarif jetzt wie folgt lautet: Der Stundenlohn beträgt 40 S. Bei Überhunden, Bassettarbeiten sowie Reparaturen an den Metorten der Gasanstalt 10 S., bei Nachtarbeit 15 S. Auftrag. Bei Landarbeit wird der Hinweg in der Arbeitszeit gemacht. An den Abenden vor den Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend, ohne Lohnabzug. An die Landmeister waren dieselben Forderungen gestellt wie an die Stadtmeister, sind aber abgelehnt worden. In einer früheren Versammlung war der Stundenlohn schon auf 38 S. heruntergelebt, aber dennoch abgelehnt worden. Es wurde beschlossen, an der Forderung von 38 S. festzuhalten und über die in Frage kommenden Blöcke die Sperrre zu verhängen, und wurden zwei Zimmerer und zwei Maurer als Kontrollen gewählt. Der Vangelversammlung wurde folgendes Schreiben übermittelt: „Die heutige Versammlung der Maurer und Zimmerer Kellinghusen und Umgegend hat nach reiflicher Überlegung den Gesellenausschuß beauftragt, die Anzahl des Minimallohns von 38 S. nicht zu zahlen, am 5. April die Sperrre verhängt wird.“

Das Koblenz wird uns geschrieben:

„Systematisch wird ver sucht, die Gewerkschaftsbewegung in Koblenz zu nebeln resp. ihre weitere Ausbreitung zu hindern. In diesem Kampfe bildet die Dreieinigkeit: Unternehmerkum, Geistlichkeit und Polizei eine geschlossene Phalanx, der sich in neuerer Zeit sich „christlich“ nennende Gewerkschaftler würdig zugestellen. Diese in Koblenz herrschende Dreieinigkeit von Goldfassaden, die es verstand, Jahrzehnte lang die Arbeiter im Namen des Christenthums auszubauen in unheimlich langer Arbeit bei einem kargen Lohn, schien gegenwärtig in die Brüche geben zu wollen. Deswegen wird ver sucht, die wadelt gewordene Dertfert von Neuen mit allen verfügbaren Mitteln zu bestreiten, ganz gleich, ob sie mit den herrschenden Moralanschauungen in Einklang zu bringen sind oder nicht, ob die Gewerkschaft eine christliche oder unehliche ist. Die Koblenzer Arbeiter, die mit ausdauer der schwere Wider der Unterordnung trugen, sind deren überdrüssig und schenken den Moment herbei, wo sie freier aufzutreten können. Das Unternehmerkum aber, das immer aus dem Bollen schöpft und den ganzen durch Arbeit geschaffenen Reichtum in seine Taschen stecken ließ, denkt nicht an seine Arbeiter und würde sie auch für alle Zukunft vergessen und weiter hungern lassen, wenn nicht endlich die Arbeiter mit Eifer und Entschluss gelungen wären. In diesem Moment des Erwachens zeigt sich so recht, wo die wadelt Gewerkschaft zu finden sind. Diejenigen und Allen voran die Geistlichkeit, die Jahre lang die Masse der Arbeiter freundlichkeit trugen, machen anfanglich ein ganz dummes Gesicht, als sie ihnen das Ende der Arbeiter vollends unbekannt geblieben. Aber bald läuteten sie den Schleier und zeigten, aus welchem Holze sie geschnitten sind. Mutig stürzten sie in die Arena, um den in Gefahr gerommenen gegeigten Proleten des Unternehmertums zu vertheidigen. Unstatt dem Arbeiter in seinem Befreiungskampf in Namen der christlichen Rächte ließe zu beitreten, die Kollegen stehen wohl ein, daß nicht viel Gutes dabei herauskommt, wenn sie sich genüßlich auf die Bärenhaut legen, d. h. kettenschlüssellos Alles an sich vorüberziehen lassen, wo sie sich in's Mittel legen sollten, damit Befreiung geschafft werden kann. So ist denn auch in dieser Versammlung ein Schritt vorwärts gemacht worden. Die bisher gewählten Befreiungskämpfer nahmen ihre Sache garnicht ernst genug, wenigstens verhüllte von blitzen von ihrer Tägigkeit. Das soll nun anders werden. Sie sind verpflichtet worden, fernher almanach einen schriftlichen Bericht an den Vorstand abzulegen, überhaupt alle Vorkehrungen und Unregelmäßigkeiten baldmöglichst zur Kenntnis des Verbandsvorstandes zu bringen. Die Lohnkommission erstattet Bericht über die Verhandlungen mit der Meisterkraft. Da in diesem Jahr eine Mehrforderung nicht gestellt war, so sind Lohn- und Arbeitsbedingungen dieselben geblieben. Es wird Sorge der beteiligten Kollegen sein, durch den weiteren Ausbau der Organisation dafür Sorge zu tragen, daß in Betracht des Arbeitsdienstes wie Arbeitsabschluß in nicht allzu ferner Zeit weitere Fortschritte gemacht werden. Deshalb, frühzeitig in diesen Frühjahr zu neuer organisatorischer Tätigkeit, zu neuem Schaffen und Befreiung. Die Versammlungen beginnen jetzt wieder Nachmittags 6 Uhr, und jeder von Euch muß doch wohl ein paar Stunden Zeit übrig haben und da seien, in Freizeit seiner Berufskollegen sich heimlich zu führen.“

Das ist die Stomie, die sich gegenwärtig dem Auge darbietet. Wie Arbeiterfreundlichkeit, wie Kapitalinteressen mit dieser Doppelnatürigkeit glaubte man auch ferne die Koblenzer Maurer bemühen zu können. Aber der Krieg geht so lange zum Brunnens, bis er breit ist; und nun stehen die „eider“ Herren mit ihren zerbrochenen Krügen am Brunnens und derbgerig schwere Kerobolßhähnen darüber, das die Koblenzer Maurer nicht mehr die Verlogenheit sein wollen. Es ist ein reich anmutendes Bild, wenn's nicht eine sämmerlich elende Komödie wäre. Auf einer einen Seite werden jämmerlich elende Komödie wäre. Auf einer anderen Seite werden dem Zentralverband alle Kolle aus Koblenz und Umgebung abgetrieben, um den Befreiungskampf der Arbeiter zu hindern, und auf der anderen Seite wird die christliche Organisation gepflegt und gepflegt wie ein Schoßkindchen, in demselben Kampf derselben Arbeiter zu fördern. Daß die Geistlichen besonders hilfesreich beitragen, ist bereits gesagt, aber auch das „gute“ Herz der Unternehmer ist nicht höher. Partiere und das Vertrauen der Unternehmer gegen die Maurer werden – soweit sie es sich gefallen lassen – für die christliche Organisation abkommandiert. Sollten die Koblenzer Maurer nun noch nicht begreifen, welch arbeiterfreundliches Herz die Koblenzer Arbeitgeber besitzen? Dann ist ihnen wahrsch. nicht zu helfen. Doch alle Bemühungen sind vergeblich! Die Koblenzer Maurer sind herzlos und trozig und agitieren um so eifriger für den Zentralverband des Maurer Deutschlands. Darob möchte der Stomie sich erbarmen. Das Vertrauen ist dahin, und die Koblenzer Maurer wissen, was sie von ihren Brüdern zu erwarten haben: Ausdeutung und Rüchtigung.

Zest erscheinen nur die christlichen Gewerkschaftler und wollen die Maurer in ihren Schuh nehmen. Schließend Eileben alle Bemühungen bis dato erfolglos. Wer in einer Gesellschaft so zwecklosen Charakters erscheint, muß Mistrauen erregen.

Einen solchen Anblick bereiteten Mistrauen gewöhnt auch eine von den Christlichen einberufenen öffentliche Maurer Versammlung am 16. März in Metternich. Nachdem das Bureau von Berufskollegen gebildet, erhielt der christliche Stolze Beder aus Köln das Wort zu seinem Vortrage über: „Zest und Mistrauen der Organisation.“ Die Ausführungen waren fachlich gehalten gegenüber einer Versammlung in Gils am 28. Februar, wo der christliche Neben Kurfürst Beder hatte gesprochen, daß die Trauben, die er in Metternich holen sollte, zu sauer waren. Zum Schluß forderte er die Misträgerin zum Antritt an die bestehenden Organisationen auf. Als erster Diskussionsredner erhielt Kollege Hüttmann aus Frankfurt a. M. das Wort. Neben war der Meinung, daß die Ausführungen Beder's recht seien, aber auch mit der Versammlung im Befreiungskampf ständen. Wünsche Beder die Einigkeit in Koblenz unter den Maurern, wie er ausführte, dann hätte er in Köln darüber sollen, denn die Versammlung sei nur zu dem Zweck einberufen, um die Einigkeit zu fördern. Er bestreit den christlichen Kollegen überhaupt, und besonders denen in Koblenz, das Recht der Organisation, um die Interessen der Arbeiter zu wahren; auch ihr Auftreten in Koblenz ist arbeiterfeindlich und muß nur beim Unternehmertum. Wenn gewisse Personen seit Weihnachten alle Sonntage in der

Kanzel herunter den Verband bekämpfen, so feien die Liebesbezeugungen von dieser Seite, in deren Folge die Christlichen erscheinen, kein platonisch und könnten von den Koblenzer Kollegen nicht ernst genommen werden. Die Christlichen gehören überhaupt nicht in die Gewerkschaftsbewegung hinein und wenn sie die Arbeiter in ihren Kampfen gegen das Unternehmertum unterstützen wollten, dann sollten sie wenigstens Christlichkeit zeigen und nicht durch Sonderbündel die Einigkeit stören. Einigkeit ohne Einheit ist Sündhaft und kann nicht schrift genug bekräftigt werden. Heute werde die „Religionseinigkeit“ des Verbandes, die Festschrift im „Grundstein“ als Ursache angegeben und meint sei es etwas Anderes. Ammer würden neuen Grunde herbeigespült, um diese arbeiterfeindliche Sonderbündel zu rechtfertigen. Den Gründen sei es auch weniger um die Organisation der Arbeiter zu thun, als die Arbeiter von den voraudigen Aufgaben des Kampfes abzulenken. Und wenn dies nicht gelinge, sei der Krieg da, wie in Düsseldorf. In seinen Gewerkschaften sei der freie Meinung, der Glaubensfreiheit, so weiter „Spielraum“ gelassen, als in den freien Gewerkschaften, mindestens könnten sie den Christlichen als Muster dienen. Beder sollte ihm einen Einigkeit nennen, der wegen religiöser Anschauungen in den freien Gewerkschaften verurteilt worden sei, dazu sei er schriftlich in der Lage. Auch wegen des Festschriftes fühlt sich Meiner bedrückt; es sei ein Kampfobjekt, welches durch die Geistlichkeit mit den Haaren herbeigespült, um den im Verhüten begehrten Einfluss neu zu reparieren. Ein Festschrift, von dem sich Arbeitnehmer bedrückt fühle, sondern der nur geeignet sei, den Einfluss der Geistlichen im Interesse des Klassenspiels zu bestreiten, durch niemals Wiedergabe, die Einigkeit der Arbeiter zu stören und Millionen zum Hungern abringen. Man geht sogar noch weiter in dieser Gegend, diesen Kampf in die Familien hineinragen: die Frauen würden gegen ihre eigenen Männer aufgehetzt. Dies könne niemals christliches Prinzip sein; die freien Gewerkschaften würden diesen Spuren nicht folgen, die sich jeder anständige Mensch verweigern müsse. Wer und entgegensteht, sei der Feind der Arbeiter und müsse bis zum Neuersten bekämpft werden. Sturmiicher Beifall folgte diesen Ausführungen. In ähnlicher Weise äußerten sich die Kollegen Beder und Ebel, die ebenfalls Redebühne erhielten sich die Kollegen Befier und Ebel, die ebenfalls Redebühne erhielten. In seinem Schlußwort suchte der Referent die schwersten Angriffe herabzumildern. Er habe durch sein Erstehen nur einen Aufstand, der Kämpfer gegen die Versammlung ein neuer Anfang zur Agitation sein.

Die letzte Mitgliederversammlung des Zweigvereins Norden am 28. März war sehr zahlreich besucht. Anlass zu dieser regen Beteiligung gab wohl der Umstand, daß am Sonntag vorher eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung sich mit dem Angelegenheit des weiteren Ausbaues des Bauarbeiter-Schutzbürges beschäftigte. Die Kollegen stehen wohl ein, daß nicht viel Gutes dabei herauskommt, wenn sie sich genüßlich auf die Bärenhaut legen, d. h. kettenschlüssellos Alles an sich vorüberziehen lassen, wo sie sich in's Mittel legen sollten, damit Befreiung geschafft werden kann. So ist denn auch in dieser Versammlung ein Schritt vorwärts gemacht worden. Die bisher gewählten Befreiungskämpfer nahmen ihre Sache garnicht ernst genug, wenigstens verhüllte von blitzen von ihrer Tägigkeit. Das soll nun anders werden. Sie sind verpflichtet worden, fernher almanach einen schriftlichen Bericht an den Vorstand abzulegen, überhaupt alle Vorkehrungen und Unregelmäßigkeiten baldmöglichst zur Kenntnis des Verbandsvorstandes zu bringen. Die Lohnkommission erstattet Bericht über die Verhandlungen mit der Meisterkraft. Da in diesem Jahr eine Mehrforderung nicht gestellt war, so sind Lohn- und Arbeitsbedingungen dieselben geblieben. Es wird Sorge der beteiligten Kollegen sein, durch den weiteren Ausbau der Organisation dafür Sorge zu tragen, daß in Betracht des Arbeitsdienstes wie Arbeitsabschluß in nicht allzu ferner Zeit weitere Fortschritte gemacht werden. Deshalb, frühzeitig in diesem Frühjahr zu neuer organisatorischer Tätigkeit, zu neuem Schaffen und Befreiung. Die Versammlungen beginnen jetzt wieder Nachmittags 6 Uhr, und jeder von Euch muß doch wohl ein paar Stunden Zeit übrig haben und da seien, in Freizeit seiner Berufskollegen sich heimlich zu führen.“

Der Zweigverein Ossenwälder beschäftigte sich in seiner gut besuchten Mitgliederversammlung am 28. März mit dem Lohn- und Arbeitstarif. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Lohntarif am 1. April auch für die Zimmerer in Kraft tritt. In einer lebhaften Debatte beschäftigte die Versammlung sich dann mit dem Lohn der Junggesellen; ein Beschuß wurde nicht gefaßt. Hierzu wurde beschlossen, bei dem Unternehmer Baudolzius, der im Hamburger Gebiet wohnt, aber im Bezirk Bielefeld (Gau) seinen Sitz hat, eine starke Konkurrenz ausübt, durch eine Kommission von zwei Mann vorstellig zu werden, um ihn zur Anerkennung des hier geltenden Tarifes zu veranlassen. Einem frischen Mitgliede und der Frau eines verstorbenen Kollegen wurden je $\text{A} 10$ Unterstützung aus der Volkskasse bewilligt.

Auf Veranlassung der Lohnkommission tagte am 29. März in Schönebeck eine öffentliche Versammlung aller der in diesem Gebiet wohnenden Maurer, um die Antwort der Unternehmer auf die am 26. Januar eingereichte Lohnforderung entgegen zu nehmen. Wie zu erwarten war, lehnten die Unternehmer eine Lohnsteigerung ab und fügten ihre Haltung mit dem angeblichen Mangel an Arbeit zu rechtfertigen. In einer erregten Debatte gaben die Kollegen ihrer Unzufriedenheit mit dem durch nichts gerechtfertigten ablehnenden Verhalten des Unternehmer Ausdruck. Durch eine Resolution soll diese den Unternehmern zur Kenntnis gebracht und sie aufzufordern, auf die Forderung gemacht werden, daß die Gesellen vorbehalt, ihre Forderung zu gegebener Zeit zu wiederholen und mit energischen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Eine Aufforderung des Vorstandes der Maurer Schönebeck dazu, das Ergebnis, daß sich eine Anzahl Kollegen dazu melbten. Nach einer Aufforderung des Kollegen Schöng, auf das Partie

organ die „Magdeburgische Volksstimme“ zu abonnieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus Hennig i. W. wird uns berichtet: Am 31. März fand in Camen beim Weihb. Herren Tobias eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Kahlz Dortmund referierte über das Thema: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Redner schloßte in treiflicher Weise die Mithinwirkungen des engen Zusammenschlusses im collegialen Kreise. Ferner bewies er durch Statistiken die Errungenschaften und Fortschritte des Centralverbandes. Er legte den Anwesenden klar, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Mitglieder gestiegen, daß immer mehr Männer zu der Einsicht gekommen wären, daß nur durch die Organisation etwas erreignet werden kann. Unter andererseits Kollege Kahlz die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie die Unternehmer es wagen, in den Orten, wo keine Organisation besteht, die Schule nur sehr schwach ist, die Löhne in den Zeiten der Krise erheblich zu senken, möggen in gut organisierten Orten die Kollegen es so weit gebracht haben, tarifmäßige Verträge mit den Unternehmern abzuschließen. Ferner schloßte Redner die Mithinwirkung, die im Bauwesen, hauptsächlich aber im hiesigen Industriebezirk, noch am Platze sind und in schlechten Gerüsten, mangelhaftem oder gar keinen Schutzaufrichungen und Bauten betrieben, wodurch die Unzufriedenheit erhöht wird. Eine Baustentrale, ausgestellt von fachkundigen Leuten, sei notwendig. Über dies alles könne nur erzielt werden durch eine starke Organisation. In der Diskussion meldeten sich noch verschiedene Kollegen zum Wort und sprachen sich in ähnlicher Weise aus. Im Punkt „Verdienstes“ sprach Kollege Kahlz den Wunsch aus, die Kollegen müßten das Vereinslokal, das ihnen nach vielen Mühen endlich zur Verfügung stand, stets befreien. Zum Schluß forderte Kollege Voigt auf, eifrig zu agitieren, damit die fernsiedenden Kollegen dem Verband zugeführt würden. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Centralverband der Männer um 6 Uhr geschlossen.

Eine Bauhandwerkerversammlung hatte der Zweigverein Altwasser zum Dienstag, den 25. März, nach Waldenburg i. Sch. einberufen. Als Referent war Kollege Kahlz aus Görlitz erschienen. Der Kollege belehrte in einem 1½stündigen Vortrage den Bauarbeiterstand im Industriegebiet Waldenburg, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß es damals noch schlecht breitete ist. Die Unzialverhältnissvorschriften hängen fast an seinem Bau aus, dafür sind sie aber in den Wohnungen der Unternehmer zu finden. Die Waldenburger Kollege kümmert sich überaupt nicht um die auf Bauten so zahlreich vorliegenden Missstände. In seinen weiteren Ausführungen vertheidigte Redner die Produktionsverhältnisse mit einem Schlaglicht, auf dem schon mancher braver Arbeiter habe sein Leben lassen müssen. Um auf den Bauten eine Sicherung herzustellen, sei es notwendig, daß Vorratdienste geladen würden, die geeignet sind, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dahn gehört vor allen Dingen die Errichtung von wasierrichtigen, mit einem holzernen Außendurchgang versehenen und im Winter heizbaren Bauten. Die Aborte müßten mit einem Dach und einer Tür verkleidet sein und zugewendet den stützenden und sanitären Ansprüchen genügen. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Eine dem Vortrage entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wied der Vortragende noch daran, daß im Waldenburger Industriegebiet die längste Arbeitszeit herzliche und niedrige Löhne üblich seien. Jeder Kollege müsse sich der Organisation anschließen, damit hierin bald Wandel geschaffen werden könne.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Der Maurer Karl Janowski wollte Donnerstag Nachmittag, den 8. April, an dem Hause Schwedterstr. 9 den Balkon des vierten Stockwerks ausbauen, dessen Verlag an der unteren Außenseite leicht geworden war. Um herzukommen zu können, baute er sich an einem Fenster des dritten Stockes, gerade unter dem Balkon, ein höchst mangelhaftes Gerüst. Auf ein paar Stangen, die er am Fensterrahmen befestigte, legte er Bretter und auf diese stellte er eine leere Kiste. Es dauerte nicht lange, da brach er mit der Kiste zusammen und stürzte mit ihr und den Brettern in die Tiefe hinab. Mit gerissenenen Gliedmaßen auf dem Bürgersteige liegend, läßt der Unglückliche, ein Mann in den fünfzig Jahren, noch einige Male auf, dann war er tot. Die Leiche wurde durch die Polizei geborgen, bis man sie nach dem Sarghaus abholte.

W. i. B. Ein Gerüststurz ereignete sich am Freitag, den 4. d. M. in der Schusterstraße. Auf dem Wegner'schen Fabrikgrundstück war heftige Reparatur eines eisernen Schornsteins ein hohes Gerüst aufgestellt worden, welches der Sturm umwarf. Breiter und Ballen brachen wie Streichhölzer. Ein Theil des Gerüstes fiel auf das Dach eines Wohnhauses und rißte dort erheblichen Schaden an. Beilebt wurde glücklicherweise Niemand.

Heidelberg. Ein schwerer Unfallsturz hat sich am 4. April früh bei einem Neubau im Klingenteile Nr. 24 bei Heidelberg zugetragen. Der Tagarbeiter G. Fellenstein war mit einem Anderen beschäftigt, die Erdarbeiten für die Grundmauern auszuführen, als plötzlich gegen 8 Uhr der anstehende Gang, der infolge des andauernden Regens in verflossener Nacht in's Rutschen kam, den in der Grube arbeitenden zu zog, während es seinem Gefährten gelang, noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die sofort angestellten Rettungsarbeiten waren mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Daß der Verunglückte lebend aus seinem Grabe herausgezogen worden ist, scheint ausgeschlossen zu sein.

Kassel. Eine recht schwere Augenbelebung zog sich der Maurer Otto Voigt auf einem Neubau in der Ritterstraße zu. Voigt war mit Innenputzen beschäftigt und hatte den sogenannten Kopf (Decke und Wände bis zur Abflüssungshöhe) fertigzustellen. Da er aber noch nicht die genügende Fertigkeit in dieser Arbeit hatte, hielten seine Kollegen, die Maurer Böhme und Schell es für angemessen, ihm die nötige Unterweisung zu geben. Hierbei bekam er einen vollen Busch Kaff in's Gesicht, so daß er nicht im Stande war, die Augen aufzumachen. Ob dies aus Unvorsichtigkeit oder bösem Willen geschehen ist, wird erst festgestellt werden müssen. Sehr zu bedenken ist, daß das Verhalten der beiden Mitarbeiter des

Berichter: Anstatt ihm sofort beizuspringen und ihm die Augen mit Salz zu reinigen, oder ihm in sofortige ärztliche Bekleidung zu geben, ließen sie ihn zunächst vollständig in Stück. Erst nach Verlauf einiger Minuten, als der Verunglückte um Hilfe schrie, soß Vehnitz sich verärgert, ihm die Augen auszuwaschen, wobei Schell es nicht unterlassen konnte, sich über den Berichter lustig zu machen. Später wurde Voigt von einem Arzt zum Arzt geführt. Hierbei soll Schell nach der Behauptung des Berichter gesagt haben: „Das sollte mir zwei Mark“ die Arbeit wird nämlich im Ablauf ausgeführt. Daß der Mitarbeiter Voigt's nur an seinen ihm möglicherweise entgangenen Verdienst und nicht daran dachte, ihm Hilfe zu bringen, ist ein so herzloses Benehmen, daß glücklicherweise nicht sehr oft bei Arbeitern vorkommt. Aber das ist auch eine der häßlichsten Begleitererscheinungen der Arbeiterarbeit: Haß und Rastlosigkeit legen sich auf den Menschen und das Solidaritätsgefühl wird in die Seele gejagt. Voigt muß noch längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben, und ob er seine volle Kraft wiedererlangen wird, kann der Arzt heute noch nicht feststellen.

Leipzig. Ven dem am 4. d. M. wütenden Sturm wurde in der Bahnhofstraße in Kleinzschocher das an einem Hause emporgerückte Leitergerüst umgekippt. Ein Maurer, der auf der Gerüst arbeitete, wurde herabgeschleudert und trug eine erhebliche Handverletzung davon.

Manheim. Ein Tünder aus Mundheim fiel am 4. April einer vier Meter hohen im Hofe des Daniels R. 8, 3 aufgestellten Tünggerüst herunter und starb, als durch einen Schädelbruch. Der Kollege wurde in das Allgemeine Krankenhaus verbracht. — Auf die gleiche Weise verunglückte an demselben Tage Nachmittags 14 Uhr eine 17jährige Maurer von Feudenheim, welcher am Neubau Werderstraße Nr. 31 von einem Dachgerüst etwa 11 Meter abstürzte und sich dadurch Verletzungen im Gesicht und einen Schädelbruch zuzog. Auch dieser fand Aufnahme im Allgemeinen Krankenhaus.

Mühlhausen i. Th. Der Zimmermann Friedel Genz ist einen schweren Verletzungen, welche er sich bei dem schweren Baumsturm am 15. März am Neubau des Herrn Jacob in der Eisenacherstraße zog, erlegen. (Siehe Nr. 12 des „Grundstein“.) Der Verkosten war 22 Jahre alt und wollte in einem Bogen hinauf. Leider ist er zu früh ein Opfer des Schlagfiebels der Arbeit geworden.

Rötha. Eine im Bau befindliche Zeltdachstube wurde von einem leicht aufstrebenden heftigen Sturm umgeworfen. Der Giebel durchdrang das Dach der Bautube, in welcher die Arbeiter Schuh vor dem Sturm gefügt hatten. Ein Maurerleiter wurde getötet, ein Maurer und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Lehensee. An einem Neubau in der Grabenstraße fügte am 4. April ein Gerüst, auf dem sich Maurer mit dem Ausmauern der Treppe beschäftigt waren, teilweise zusammen. Drei Männer stürzten mit herunter, kamen jedoch glücklich wieder mit dem bloßen Schreden davon. Später wurde das Gerüst ordnungsmäßig hergestellt. Die Ursache des Zusammenbruchs ist in der Überbelastung bei der Arbeit zu suchen. Der Bau wird im Zogelohn ausgeführt, aber die Leistung auf das Schärfste angeholt.

Unternehmer-Kundgebungen.

* Zur Maifeier haben die im Bund der Arbeitgeber-Berände Berlin's“ vereinigten Schornsteiner in ihrer letzten Generalversammlung Stellung genommen. Die Delegirten der 17 vertretenen Berände waren einstimmig der Ansicht, daß weder eine ganze, noch eine teilweise Freigabe des 1. Mai von den Mitgliedern zu gestalten sei. Einstimmig wurde beschlossen, daß Arbeiter, die am 1. Mai ohne städtische Gründe von der Arbeit fern bleiben, zu entlassen sind und in denjenigen Betrieben oder Werkstätten, wo sie bisher gearbeitet hatten, nicht vor dem 5. Mai wieder angenommen werden, dagegen bei anderen Arbeitgebern nicht vor dem 15. Mai d. J. Arbeit erhalten dürfen. Jeder Berand verfügt selbst über die Lohnabrechnung zu verlängern. Jeder Berand ist verpflichtet, diesen Belehrungen seinen Mitgliedern bekannt zu geben und für strenge Durchführung zu sorgen.

Aus anderen Berufen.

* Die Stoffkäteure in Breslau sind in eine Lohnzweigung getreten. Obgleich der zwischen den Breslauer Stoffhäusern und ihren Gehülfen vereinbarte Lohntarif noch nicht abgeschlossen ist, haben die drei größten Firmen, nämlich Billwörth & Böhm, Manni, sowie Simmlinger & Sohne dem Vorstande des Berandes einen neuen Tarif eingeschickt, welcher gegen die bisher bestehenden Lohnsätze für die Schuhfertigung ganz beträchtliche Verhöhrungen erweckt. Die Gehülfenfirma erstellte diesen Tarif für vollkommen unannehmbar und beauftragte eine Lohnkommission, den Unternehmern einen neuen Tarif zu unterbreiten, der gegen den bisherigen nur universelle Verbesserungen enthalt. In einer am Ostermontag abgehaltenen jährlich bestimmten Versammlung wurde nach langerer Debatte, die sich hauptsächlich darum drehte, ob man nicht besser für den Ertrag der Arbeitsförderung durch die Lohnzweigung eintreten solle, gegen zwei Stimmen beschlossen, an dem von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif unter allen Umständen festzuhalten; seitens aber die Unterhandlungen mit den drei genannten Firmen scheiterten, dann sollte mit der Forderung des Stundenlohnes an Stelle des Altordnungssystems herangegangen werden.

* Der Stoff der Dresdener Stoffkäteure ist bestellt. Die Innung hat sich entschlossen gezeigt, so daß in den meisten Geschäften die Arbeit am Freitag vorher Woche wieder aufgenommen werden konnte.

* Der Buchbinderverband hält laut Abrechnung vom 4. Quartal 1901 einen Mitgliederstand von 7175 männlichen und 2847 weiblichen, gleich 10 022 Mitgliedern. Im Vergleich zum 3. Quartal eine Zunahme von 88 männlichen und 185 weiblichen Mitgliedern. Einzelne sind im Laufe des Quartals 686 männliche und 626 weibliche Berufsangehörige. Am Aufnahmegerüste wurden von den männlichen Mitgliedern 427,50 und von den weiblichen 137,20 gezahlt. Beiträge wurden entrichtet von den männlichen Mitgliedern 85,908 = M. 30.067,80 und von den weiblichen 31,459 = M. 4718,85. Nach dem durchschnittlichen Mitgliederstand des Quartals betrug die Durchschnittsbeitrags eines männlichen Mitgliedes 12,04 Beiträge = M. 4,21 und die eines weiblichen Mitgliedes 11,8 Beiträge = M. 1,69. Gegenüber dem 8. Quartal ist die Beitragsleistung bei den Männer um 11,4 und bei den Leichtern um 2,4 höher geworden. Die Verbandskasse verfügt über eine Einnahme von M. 25.231,44; neben dem von den Buchstellen und Gütern eingesandten Beitrag von M. 19.698,19, sind die wesentlichen Kosten die Einnahmen des Verbandsorgans mit M. 421,06 und der Ertrag an Zinsen aus angelegten Kapitalien mit M. 5061,56. An Ausgaben hatte die Verbandskasse M. 9407,55; die bedeutendsten davon sind die für das Verbandsorgan mit M. 4942,62. Die Mehrerlöse des Verbands, soweit es in der Hauptkasse direkt enthalten ist, sich auf 187.679,16 beläuft.

* Das Resultat der Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Holzarbeiterverband ist nach einer Bekanntmachung des Vorstandes im „Holzarbeiter“ folgendes: Insgeamt haben 48 901 Mitglieder abgestimmt, davon 34 866 mit Ja und 24 035 mit Nein. Es beträgt somit die Mehrheit für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung 881 Stimmen. Die gleichzeitige Abstimmung über die Beitrags Höhe ergab als Resultat, daß von den mit Ja stimmbaren sich erklärten 12 151 für 35 M. 11 866 für 40 M. 445 für 35 oder 40 M. wählten 396 die Mindeste schubig blieben oder unbekannt antworteten, teilweise auch gegen eine Weitererhöhung stimmten.

* Der schweizerische Gewerkschaftsbund zählt nach dem Jorben für die Jahre 1900 und 1901 erschienene Berichtsberichte des leitenden Büros des Gewerkschaftsbundes 30 Berände und 26 000 Mitglieder, doch ist die Zahl der Leichter tatsächlich um mehrere Tausend höher, da nicht für alle Mitglieder an den Gewerkschaftsbund Beiträge geleistet werden. Der Gewerkschaftsbund hatte 1901 126 597 Einnahmen und 123 814 Ausgaben, sowie Ende 1901 einen Vermögensbestand von M. 8750. Von den Ausgaben entfallen M. 80 720 auf Unterstützung von Streiks und Gewagrechten, M. 9880 auf Agitation und Delegation, M. 9570 auf Belehrungen, M. 23 843 auf Drucksachen, Post, Prozesskosten etc. Die „Arbeiterstimme“, das Organ des Gewerkschaftsbundes, zählt 4000 Abonnenten, hat aber infolge erheblicher Reduktion des Abonnementbeitrages in den beiden Berichtsjahren ein Defizit von über M. 1000 gemacht. Streiks fanden in den beiden Jahren 55, Lohnbewegungen 62, zusammen 11 Konflikte, vor. Von den Streiks hatten 29 einen vollen, 15 einen teilweisen und 11 einen Erfolg, von den Lohnbewegungen verloren für die Arbeiter 48 günstig, 7 teilweise günstig und ebenfalls 7 ungünstig. Der langwierige, unglückliche und kostspielige Kampf war der Luzerner Giebelerstreit, der über M. 30 000 kostete. Leider die vor zwei Jahren beschlossene Neutralisierung des Gewerkschaftsbundes liegt der Bericht, daß sie sich schlecht bewährt hat. „Uebel“ heißt es da, haben sich zahlreiche Arbeitervereine geprindet und bestehen in der Mehrzahl aus Mitgliedern, welche aus unserem Gewerkschaftsbund ausgetreten sind; somit haben wir auf dieser Seite eher einen Rückgang zu verzeichnen.“ Im Uebrigen ist der Gewerkschaftsbund trotz dieser verästlichen ultramontanen Politik in fortwährender Erweiterung begriffen.

* Die Ausperrung im Baugebilde zu Amsterdamb. Eine allgemeine Verkündung der streitenden und ausgesetzten Bauarbeiter und Maurer beschäftigte sich am vorletzen Samstag mit dem Vorabend der Konferenz, die kurzlich unter dem Vorsteher des Bürgermeisters stattgefunden hat, die Differenzen einer Konferenz zu überwinden, deren Belehrungen sich beide Parteien unbedingt unterwerfen sollten. Die Verkündung erklärte den Vorschlag für unannehmbar. In einer Resolution, die angenommen wurde, wird dargelegt, daß es gerade die bindenden Belehrungen der Kommission von 1900 waren, die die Maurermeister damals anerkannten, jetzt aber nicht mehr anerkennen wollen. Es wird verlangt, daß die 1900 festgelegten Tarife, die bis zu der Ausperrung von 97 p. der Maurermeister innergezogen wurden, wieder durchföhrt werden und daß keine Maßregelungen mehr stattfinden. Die übrigen Streitpunkte sollen einer gemeinsamen Kommission überwiesen werden. — Die Unternehmer werden in ihrem Kampf gegen die Arbeiter von den Lieferanten von Baumaterialien in Amsterdamb eifrig unterstützt durch den Vorposten solcher Unternehmer, die trotz der beschlossenen allgemeinen Ausperrung arbeiten lassen. Die Amsterdamer Lieferanten haben an ihre Kollegen in anderen Städten die Aufforderung gerichtet, keine Baumaterialien nach Amsterdamb zu liefern.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Über den Begriff des Betriebsrates nach und von der Betriebskasse hat kurzlich das Reichsversicherungsamt eine neue Entscheidung gefällt. Sie lautet: „Unter Betriebskasse“ oder Betriebsgebiet ist die Gesamtheit der Räume zu verstehen, über welche der Unternehmer zu Betriebszwecken verfügt. Hierzu gehören auch die auf demselben Grundstück liegenden Büroräume und Zufahrten zur eigentlichen Arbeitsstätte, wenngleich die Verfügungsgewalt des Unternehmers über diese Zugänge und Zufahrten infolge von gleichzeitiger Bewirtschaftung Anderer nur eine beschränkte sein mag. Die aus dem Betriebe auf solchen Zugängen oder Zufahrten für den Arbeiter entstehenden Gefahren sind daher Betriebszufahren. Unfälle, welche einen Arbeiter innerhalb der Betriebskasse auf dem Gang zu seiner dort gelegenen Wohnung treffen, können sehr wohl als Betriebszufahrt angesehen werden, sofern nur dabei eine anstreitige erkennbare Beziehung zum Betriebe obgewahrt hat. Dabei ist es unerheblich, wenn der Kläger die Arbeitsstätte nur zum Zwecke der Erfüllung seines persönlichen Scholings- und Nahrungsbedürfnisses innerhalb der erlaubten Zeit verläßt.“

Polizei und Gerichte.

* Ingentreine Vereinsbeamte. Wegen Unterhöhlung von M. 63,45 beheimateter Verbandsbeiträge wurde vom Schöffengericht in Magdeburg der Maurer Hermann Pilz aus Hörnerseleben zu 5 Monaten Gefängnis und 3 weizährigen Chorverlust verurteilt. Pilz war von dem Zweigverein Hörnerseleben als Bevölkerer des „Grundstein“ angestellt und zugleich beauftragt worden, die Verbandsbeiträge einzuziehen. Er zog zwar die Beiträge ein, ließ sie aber an die zuständige Stelle nicht ab, sondern verbrauchte sie im eigenen Interesse. Es schieden für die Strafzusammenfassung Sam für ihn in Betracht, daß er bereits wegen Eigentumsvorwerken, zuletzt mit zwei Jahren

Gefängnis vorbestraft war. Es bleibt unverständlich, wie man einen solchen Menschen mit einem solch verantwortungslosen Posten betrauen könnte. Wenn auch den leitenden Kollegen die Vergangenheit des Platzes, soweit seine Agitatoren in Vertritt kommen, unbekannt sein möchte, so konnte ihnen die Macht, die er in seiner Magdeburger Streitbewegung im Jahre 1898 gezeigt hat, keineswegs verborgen geblieben sein. Nicht genug, daß er damals den Unternehmertum als Arbeiterswilliger sich zur Verfügung stellte, hielt er es im Gefüge seiner staatsverdienstlichen Tätigkeit auch noch für seine Pflicht, die Kollegen zu rüsten und Schutz bei der Staatsanwaltschaft zu demunizieren. Und ihre Verstrafung herbeizuführen. Die Kollegen sollten bei der Auswaltung ihrer Zweigvereinsbeamten etwas vorsichtiger sein, um sich und den Verband vor Schaden zu bewahren.

* **Der Erpressung, Bedrohung, Nötigung u. v.** folgten ihr auf. Mauer in Bremen war schuldig gemacht haben, weshalb sie ihn am 22. März vor der Strafammer des dortigen Landgerichts zu verantworten hatten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 20. Mai 1901 vereinbarte die Lohnkommission mit dem Unternehmer Dierandt, der in Schönhaugen einen Bau auszuführen hatte, daß für diesen Bau der tägliche Stundenlohn gültig sein sollte, der in Bremberg üblich ist, nämlich 42 S. Am darauffolgenden Sonnabend zu Mittag bestanden die acht Angestellten unter dem Vorstand, daß sie träge seien, Feierabend und erhielten einen Stundenlohn ausgezahlt, der den Abmäldungen nicht entsprach. Hiermit waren die Arbeiter nun keineswegs einverstanden, sondern sie beriefen sich auf die Ubmachungen und forderten Nachzahlung des zu wenig erhaltenen Lohnes. Bei dieser Gelegenheit sollen die Arbeiter die oben erwähnten Straftaten begangen haben. Als Verlängerszenen waren der Unternehmer Dierandt und zwei Andere, die den Vorgang mit angeschaut hatten, erschienen, während als Entlastungszeugen der Maurer Rosenthal und ein Zimmermann geladen waren. Die Verhandlung endete mit der Einspruchserklärung sämtlicher acht Angestellten unter Beleidigung der Staatsanwaltschaft mit den Kosten. Bei der Zeugenausfrage stellte sich heraus, daß der Hauptgegenstand Dierandt eine Theorie bekommen hat, sie habe ihn auch sehr geärgert, aber wer sie ihm applaudiert habe, konnte nicht festgestellt werden, weshalb Freispruch erfolgen mußte.

* **Eine beachtenswerte Entscheidung, betreffend das preußische Vereinrecht**, hat das Kom. in er geric... fürztlich gefällt; es hat dahin entschieden, daß ein Verein nicht verpflichtet ist, die Zusammensetzung des neu gewählten Vereinsvorstandes der Polizei mitzuteilen. Die Entscheidung lag folgender Fall zu Grunde:

Der Arbeiter-Vade in Friedelsdorf vor der Polizeibehörde in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Deutschen Werkarbeiterverbandes, Abteilung Friedelsdorf, aufgefordert worden, binnen drei Tagen den neu gewählten Vorstand anzugeben. V. weigerte sich dagegen, da er sich nach § 2 des Vereinsgesetzes hierzu nicht verpflichtet erachtete. Die Polizeibehörde veranlaßte infolge dieser Weigerung den Erlass eines Strafbefehls gegen Vade. Darauf den von diesen erobten Einspruch erkannte das Schöffengericht zu Kiel auf Freispruch des Angeklagten, da eine anderweitige Zusammensetzung des Vorstandes keine Veränderung im Mitgliederbestand des Vereins darstelle. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Verurteilung wurde von der zweiten Strafammer des Landgerichts zu Kiel verworfen. Dasselbe berichtigte sich die Staatsanwaltschaft nicht, sondern rief das höchste Gericht an. Der Oberstaatsanwalt beantragte Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache in die Vorinstanz; denn, so führte er aus, die Polizei habe ein begreifliches Interesse, über die Zusammensetzung des Vorstandes unterrichtet zu sein, und es müsse ihr deshalb die verlangte Auskunft ertheilt werden. Der Strafgericht des Kammerrichters wies nach dem „Berliner Tageblatt“ die Staatsanwaltschafts Revision zurück und legte der Staatsanwaltschaft auch die Kosten der Vertheidigung auf. Nach § 2 des Vereinsgesetzes bestehet für den Vereinsvorstand nur die Pflicht, Statuten sowie Mitgliederbericht zu erstellen. Wolle die Polizei die Zusammensetzung des Vorstandes erfahren, so müsse sie sich auf andere Weise davon Kenntnis verschaffen. Die Gültigkeit des Vorstandes sei hierzu durch das Gesetz nicht erzwingbar.

Verschiedenes.

* **„Sie leben und genießen“**. Die Macher einiger liberalistischer Zeitungen haben wieder einmal ihre rechte stumpe Feder versucht, um die fürztlich im „Grundstein“ veröffentlichte Jahresabrechnung des Zentralverbandes der Maurer herunterzureißen. Die Unmuth und Niederkraft der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Organ der Grubens und Gütenbarone, läßt sich also vernnehmen:

Eine interessante Abrechnung die beweist, daß „sie doch leben und genießen“. Die Abrechnung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands liegt uns jetzt in allen ihren Einzelheiten vor; sie ist ein interessantes Attentat, daß jeder Agitator nur mit Vergnügen lesen wird. Die an der Spitze des Verbands der Maurer Deutschlands stehenden Genossen „leben und genießen“. Der Verband hat eine Einnahme von M. 1 115 189, die Zahl der Ausgabeposten ist ziemlich groß, aber wir finden nicht viele, bei denen die Macher leer ausgegangen sind. Zu dem 6. Verbandsstag in Mainz wurden M. 20 394 ausgeschlagen; die Zahl der Delegaten war nur sehr gering, die Begehung muß also vor Kopf sehr hoch gewesen sein, höher wohl noch als die zahlreichen Aufsichtsräthe, über deren große Reisekosten die sozialdemokratische Presse fortwährend laute Kelgetrotz singt. Für Agitation an die Gewerkschaften wurden M. 26 442, für sonstige Agitation M. 31 983 verbraucht, und für die M. 680 000 können sich die Herren Agitatoren recht gute Tage machen. Außentenachstern wurden M. 18 609 gezahlt; auch keine kleine Summe für die Agitatoren, aber sie hatten noch viele Nebenkosten. Die Kosten zwecks Kontrolle der verschiedenen Streits kosteten M. 284, zwecks Kassenrevision M. 315, eine gemeinschaftliche Konferenz des Vorstandes und des Ausschusses erforderte M. 495. Das Verbandsorgan, das in einem sehr düftigen Umschlag erscheint, macht einen Kostenaufwand aus der Verbandskasse von — M. 86 751 notwendig, das ist sehr viel; das Blatt erscheint alle Wochen nur einmal im drittgrößten Gewande (Papier, Druck), es erfordert also jede Nummer einen Aufschuß von — M. 1800. Schade,

dass eine detaillierte Abrechnung nicht vorliegt, ein Blatt eines Verbandes, der über 80 000 Mitglieder hat, darf doch solche enormen Aufschüsse nicht erfordern. Für Stells wurden ausgegeben M. 422 205, darunter für den Streit in dem kleinen Dorfchen Sommero M. 147 124, es folgt Halle mit M. 142 088. Dass bei solchen Streits oft die Agitatoren nicht leer ausgehen (sie sind Leiter, Käffner und bejähren Spesen) ist bekannt. In der ganzen langen Reihe der Ausgabeposten finden wir nicht einen einzigen, der für einen sozialen Zweck der Mitglieder verwendet ist. Die Agitatoren leben und genießen und das ist doch ein Erfolg!

Es dürfte für unsere Leiter genügen, diese blödsinnige Schmiererei niedriger zu hängen. Nur die Wissbegierige, die Macher von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aber doch in etwas zu befriedigen, wollen wir ihr hiermit fund thun, daß den Mitgliedern des Maurerverbandes das Jahresabonnement des im „drittgrößten Umschlag und Gewande“ wöchentlich einmal erscheinenden Fadorgans noch nicht ganz M. 1,10 kostet, pro Woche also etwas über 2 S. Die Summe von M. 86 751 ist nämlich kein „Aufschuß“, sondern das Abonnement für sämtliche Mitglieder des Verbandes. Wir bezweckten, daß die Macher der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Stande sind, ein ähnliches „drittgrößtes Blättchen“ für die Preis herausgeben zu können. Ganz bestimmt müssten die Direktoren, Geschäftsführer, Nebeführer u. s. w. ganz passable Abstriche von ihrem Agitatoren-Soll gesaffen lassen und trotz aldem würden die Aktionäre keine Dividenden und die Aussichtsräthe keine Renten und Spesen erhalten können.

* **Wie es gemacht wird, um Beiträge zur Errichtung einer Bildungsstätte zusammen zu schöpfen**, zeigt eine Quittung in der „Hilfeschein im öffnen Beifüllung“. Darin steht u. a.: Durch Herrn Architekt Wening gesammelt bei seinem Perjonal und Anderen M. 283,85. Darunter drei Barliere mit je M. 3, zwei mit je M. 1, ein Geselle M. 1,50, drei je M. 1,20 Gesellen je 50 S., drei je 30 S. und einer mit 25 S. Sogar die Lehrlinge sind nicht verloren worden; drei davon haben je 50 S., zwei je 25 und einer mit 20 S. zur „Erhöhung Bildnars“ beigetragen. — Über die „Freiwilligkeit“ der Gaben herrscht wohl kein Zweifel; wie neigen sogar der Meinung zu: Die Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge haben den Unternehmer förmlich bestimmt, sie bei der Sammlung doch ja nicht zu übergehen. Diese meine Meinung wird bestätigt durch den Hinweis, daß sich unter den Bildnerheinen Maurern die einzige Zentrenzusammlung befindet, die den leidlichen Heros zu Ehren sonst mos thäten. Es kommt auch noch hinzu, daß Architekt Wening (er gehört zum Vorstand der Innung), ein den Arbeitern sehr wohlwollender Herr ist. Als im vorigen Jahre der Gesellenauschuss sich erlaubte, Namens seiner Mandatgeber um eine Lohnherhöhung nachzufragen, hat Herr Wening dies Schuh abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Mitglieder des Gesellenauschusses ja recht wohl genügt auszuhören. Es läßt sich wohl mit Bestimmtheit versichern, daß Herr W. die Lohnherhöhung aus purem Arbeitersfürsorge (wie leicht hätten die Gesellen plagen oder an Festsucht zu Grunde gehen können) abgelehnt hat. Und dass die Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge bei der Sammlung für die Bildnarschule so bereitwillig auf den Wunsch ihres Herren Meisters eingegangen sind, ist daher wohl auch in erster Linie auf Vortrakteile für die Errichtung aus großer Begeisterung zurückzuführen. — Aus all diesen Gründen können wir uns auch garnicht mit der Bewertung der „Hilfeschein-Zeitung“ einverstanden erklären, daß bei der Sammlung ein moralischer Zwang ausgelöst worden sei. So was giebt es ja garnicht. „Freiwillig“ geben die Arbeiter ihr legitimes Hemd her zur Ehre der Unternehmer und Bildnars.

* **Mindestlohn in Submissionsbedingungen**. In Anschluß an die Notiz in Nr. 9 unserer Blätter können wir mittheilen, daß die städtische Lohnkommission in Straßburg in Els. für nachfolgende Arbeiterkategorien Mindestlöhne festgelegt hat, die zu zahlen die Arbeitnehmer von städtischen Arbeiten sich verpflichten müssen. Der Mindestlohn soll pro Stunde betragen: 1. für Steinhauser zum Betrieb von Granitsteinen 55 S.; 2. für Steinhauser 50 S.; 3. für Kesselfrauern, Bementeren und Schieferbeder 45 S.; 4. für Gipser, Glasier, Dekorationsarbeiter, Pfleißer und Putzleger 40 S.; 5. für Maurer, Zimmerleute, Steinmetzarbeiter, Schreiner, Schlosser, Maler, Käffner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter, Asphaltleger oder Heizer und Wagenmänner 35 S.; 6. für Tegizer und Wagner 32 S.; 7. für Schornsteinfeger 30 S.; 8. für ungelernte Arbeiter 27 S. — Straßburg ist unseres Wissens die erste deutsche Stadt, in der seitens der Gemeindeverwaltung eine Lohnsäule in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge aufgenommen ist. Die Art und Weise der Lohnfestlegung und die Höhe des Lohnes entspricht aber keineswegs dem Verlangen der Arbeiterschaft. Der Lohnzettel nach vorne ist, dürften die Arbeiter resp. ihre Vertreter bei der Festsetzung der Löhne kaum gehört werden sein, denn anders läßt es sich nicht erklären, daß z. B. der für Maurer festgelegte Mindestlohn tiefer unter dem sonst in Straßburg gezahlten Durchschnittslohn steht. Nach einer Statistik des Deutschen Verbandes der Maurer aus dem Jahre 1900 haben in Straßburg 603 Maurer Angaben über die Höhe des ihnen gezahlten Stundenlohnes gemacht; darnach erhalten 2 Gesellen 30 S.; 32; 28; 34; 24; 35; 103; 86; 31; 37; 141; 35; 177; 40; 2; 41; 45; 42; 7; 43; 8; 44; 23; 45 und 4; 50; 3, so daß der Durchschnittslohn 33½ S. beträgt. Diefer Sach als Mindestlohn genommen, ist für eine Stadt wie Straßburg auch noch viel zu niedrig, und es wäre wohl am Platze gewesen, wenn die Gemeindebehörde bei dieser Gelegenheit ihre Autorität eingesetzt hätte, um das durchaus traurige Lohnniveau zu heben. Statt dessen trägt die Behörde dazu bei, die Löhne herabzudrücken. Denn andere folgten dann die von der Gemeindebehörde beliebte Lohnfestsetzung für die Maurer nicht haben, wenn diese selbst nicht in der Lage sind, die Unternehmer zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag). Mit dem 27. Heft des 20. Jahrgangs beginnt ein neuer Halbjahresband. Die Zeitschrift hat mit diesem Heft ein Gewand erhalten, das modernen typographischen Anprüchen gerecht wird. Aus dem Inhalt des Heftes hören wir hierzu: Das große Käffnetreiben. — Die Landarbeiterfrage in Ostdeutschland. Von A. Hofer (Großfürstigen). — Die Arbeiterfrage in Spanien. Von Antonio García Diezido. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel

Burn. — Splitter. — Literarische Rundschau: W. Swolentz. Die Wohnungskräfte der Arbeiter in Halle a. d. S. — Gelehrte: Briefe von Karl Marx an Dr. B. Augelmann.

* **Der Wahre Jacob**. Nr. 8 seines 19. Jahrganges. Sämtliche Illustrationen und Textbeiträge dienen dem Kampf gegen Agrarfeudalismus und Zollwucher, so daß die Nummer ein wirkungsvolles Agitationssmittel für die Zollkampagne darstellt.

* **In Freien Stunden**, Heft 8—14. Die von uns schon wiederholte empfohlene Illustrirte Monatsschrift, welche die Buchhandlung Vorwärts in 10 A-Heften herausgibt, bringt jetzt neben dem padgenden Roman „Der Baffard“ von Spindler nach Abschluß von Goethes „Dämonen“ den ergreifenden Roman von Gott: „Ein Seemann“.

* **Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch** von Max Schipper, Heft 17—22. Die Hefte enthalten u. a. Artikel über: Handelsverträge, Haushalt, Lex Heinz, Innungen, Internationale Arbeiterschutz.

* **Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus**. Von Max Zellin, Verlags-Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Der Preis beträgt 25 S.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.
Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Hof 1115, 2 Fr.
Lehrplan für das 2. Quartal 1902.

Unterrichtsfach	Behandelte Schule	Lehrer	Unterrichts-Abend
Geschichte	Die Litteratur-Geschichte von Luther bis zur Gegenwart	Schriftsteller Dr. Rud. Steiner	Dienstag
National-Oekonomie	Wörter und Begriffe Georg Bernhard	Schriftsteller	Donnerstag
Rebe-Uebung	Übungen in mundlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz	Schriftsteller Dr. Rud. Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Geschichte Dienstag, den 15. April; National-Oekonomie Donnerstag, 17. April; Rebe-Uebung Freitag, den 18. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich 10½ Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 S.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist an zwei Abenden zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kursus ist für Fernern zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulhof, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Hof 1115 II, und in nachstehenden Bahnhöfen: Görlitzer Platz, Abmuntzstr. 40a; Neul. Barnimstr. 12; Vogel, Denzlingerstr. 22; Krause, Müllerstr. 7a. — Alle Aufzüge sind auf den Vorstand Hermann Damm, Mönckebr. 101, IV, Gelbsendungen an den Käffner H. Königs, Berlin S 59, Hohenstaufen 50, zu senden. — Der Vorstand.

Briefkasten.

Königslinter und Spanien. Versammlungsanzeigen bringen zu spät ein.

Beihau, H. M. Das Gemeindewahlrecht wird überall beschlossen ausgeübt. Das Nähere darüber bestimmen die Gemeindestatuten. Hat eine Auskunft stattzufinden, so wird das Vor. in der Regel vom Gemeindebörgermeister gezogen.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Protokolle vom letzten Verbandstag.

Einige Zweigvereine haben, trotz wiederholter Mahnung, mit den Protokollen vom letzten Verbandstag noch nicht abgerechnet. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Abrechnung jetzt erfolgt.

Die Revisoren

in den Zweigvereinen wie auch die Revisoren der Gauverbände werden daran erinnert, daß die uns einzuhaltende Quartalsabrechnung gründlich revidiert und unterzeichnet sein muß. Angerebene sind die Kassen regelmäßig mindestens alle vier Wochen einmal einer Revision zu unterziehen.

Sterbeunterstützung.

In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß die für die Auszahlung der Sterbeunterstützung festgesetzten Normen nicht beachtet wurden. Wir bringen dieselben daher von Neuem in Erinnerung:

1. Sterbeunterstützung darf nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden.

2. Bei eintretenden Todesfällen ist seitens des betreffenden Zweigvereinsvorstandes ein amtlicher Todtenchein (Sterbeurkunde) und das vollständig geordnete Mitgliedsbuch einzurichten. In Fällen, wo ein Einheitsbeitrag nicht eingezahlt ist, muß auch die Unterführungsabordnung mit eingeladen werden.

3. Wenn auf dem Todtenchein das Alter und die Todesurzache nicht angegeben ist, dann müssen darüber Angaben gemacht werden.

4. Mitzuheilen ist auch, wer der berechtigte Empfänger der Unterstützung ist. Hierfür ist folgende Regel zu beachten:

